Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

online lesen: www.linkekritik.de/pb-i.html

Am 4. Dezember 2018 öffnete in Stuttgart das Hotel Silber als Ort historisch-politischer Bildung zum ersten Mal seine Türen. Seit 2008 kämpfte eine Bürgerinitiative gegen den Abriss der ehemaligen Gestapozentrale und für ein NS-Dokumentationszentrum.

- **Frankreich: Gilets Jaunes – Wege aus der Krise?**
- **Die Türkei will ihre Besatzung in Nordsyrien militärisch weiter ausdehnen**
- **Köln: Keine städtischen Räume für die AfD!**
- **Die IG Metall in einer ungewissen Zeit**
- **Gibt es eine gemeinsame politische Agenda der Linken für die Wahlen 2019?**
- **Kalenderblatt, 3. Mai 1900: Gemeinde Kollegium München startet „fachliche obligatorische Fortbildungsschule“**

Ausgabe Nr. 1 am 17. Januar 2019, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Über 230 politische Gefangene im Hungerstreik in türkischen Gefängnissen – erster Besuch bei Abdullah Öcalan nach zweieinhalb Jahren

Rudolf Bürgel, Karlsruhe

Die seit Januar 2018 inhaftierte HDP-Abgeordnete Leyla Güven ist seit dem 7. November letzten Jahres in den Hungerstreik für die Aufhebung der Isolation von Abdullah Öcalan getreten. Ihr gesundheitlicher Zustand ist mittlerweile besorgniserregend. Leyla Güven wurde inhaftiert wegen ihrer Kritik an der Invasion der türkischen Armee in Afrin und weil sie einen Friedensprozesses in der Türkei für notwendig hält. Die Staatsanwaltschaft fordert 31,5 Jahre Haft gegen die Politikerin. Vor dem Gericht in Diyarbakir begründete sie die Aufnahme ihres Hungerstreiks: „Heute wird die Politik der Isolation gegen Herrn Öcalan nicht nur ihm auferlegt, sondern in seiner Person einer Gesellschaft. Isolation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Am 13. Januar wurde eine Delegation von HDP- und europäischen Abgeordneten und Anwälten vor dem Gefängnis von Leyla Güven von der Polizei gestoppt. Zur Delegation gehören u.a. die Sinn Fein-Abgeordnete Martina Anderson und Julia Word von der Labour Party sowie Anwälte aus Irland, England und Italien.

Ich bin ein Mitglied dieser Gesellschaft. Ich beginne einen unbefristeten Hungerstreik, um gegen die Isolation von Herrn Öcalan zu protestieren. Ich werde mich ab sofort nicht mehr vor dem Gericht verteidigen. Ich werde weiter protestieren, bis die Justiz ihre rechtswidrigen Entscheidungen beendet hat und diese Isolationspolitik beendet ist.“ – Damit hat sie kurz und bündig die politische Entwicklung unter dem AKP-Regime Erdogans seit 2016 zusammengefasst. Im Frühjahr 2016 verhandelte die türkische Regierung noch um einen Friedensplan mit Abdullah Öcalan. Nach den Wahlen im Juni 2016 wurden die Verhandlungen von Präsident Erdogan abgebrochen. Seither waren alle Besuchsanträge von Anwälten und Angehörigen abgelehnt worden. Abdullah Öcalan ist auf der Gefängnisinsel Imrali völlig von der Außenwelt isoliert. Die Eskalation des Konflikts fiel mit der völligen Isolation Abdullah Öcalans zusammen, der in dem Friedensprozess eine entscheidende Rolle gespielt hat. Er repräsentiert die kurdische Freiheitsbewegung.

In 40 Gefängnissen haben sich über 230 politische Gefangene dem Hungerstreik Leyla Güvens angeschlossen, davon 91 Gefangene unbefristet. Fast täglich kommt es zu Übergriffen auf die Hungerstreikenden, viele sitzen jetzt in Bunkerhaft. In der Türkei gibt es eine Welle von Aktionen zur Unterstützung der Gefangenen und für die Aufhebung der Isolationshaft Öcalans. Am 67. Tag des Hungerstreiks von Güven konnte nach zweieinhalb Jahren Mehmet Öcalan seinen Bruder auf Imrali besuchen – ein erster Erfolg der Aktionen. Die Gefangenen erklärten tags drauf, dass sie den Hungerstreik fortsetzen werden, bis die Isolation von Abdullah Öcalan endgültig aufgehoben ist.

Auf der ganzen Welt finden Solidaritätsaktionen und -hungerstreiks statt. Auch in Deutschland und in Straßburg vor dem Sitz von Europarat und Europäischen Antifolterkomitee. Mehrere Europaabgeordnete der Fraktion Euro-

Am 12. Januar demonstrierten in Paris 15 000 Menschen in Gedenken an Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez. Die drei kurdischen Politikerinnen waren im Januar 2013 in Paris erschossen worden. Die Mörder stammen aus dem Umfeld des türkischen Geheimdienstes. Die Vorsitzende der Parti de Gauche, Danielle Simonnet, forderte endlich ihre Bestrafung. Sie kündigte an, zu dem Prozess von Leyla Güven am 25. Januar zu fahren, und forderte eine Unterstützung Frankreichs für Rojava. Der Generalsekretär der KPF forderte eine Flugverbotszone für Rojava und internationale Garantien vom UN-Sicherheitsrat für die Kurden. Die stellvertretende Pariser Oberbürgermeisterin Hélène Bidard ging in ihrer Rede auf den Kampf der kurdischen Frauen ein und sagte: „Der Frühling der Frauen lässt sich nicht aufhalten.“

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).
Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).
Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).
Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de
Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de
Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

päische Linken/Nordische Grüne und der Grüne/EFA finden die Forderungen von Leyla Güven völlig legitim und nach der Europäischen Menschenrechtskonvention auch notwendig. Mehrere große Gewerkschaften Englands unterstützen dies ebenfalls.

In der deutschen Öffentlichkeit hat das Anliegen der Hungerstreikenden bisher kaum einen Widerhall. Die Eingabe „Hungerstreik Leyla Güven" in Internetsuchmaschinen zeigt das deutlich. Bei Diskussionen ist Kritik an dem Mittel des Hungerstreiks zu hören. Was haben denn die Gefangenen in der Türkei für Mittel? Die Rechtsstaatlichkeit ist dort schon lange außer Kraft. Der inhaftierte ehemalige HDP-Vorsitzende und Abgeordnete Selahattin Dermitas charakterisiert die Entwicklung in der Türkei als „ein autoritäres, tyrannisches und von der Demokratie losgelöstes Land".

Mitglieder der damaligen Bundesregierung und der Europäischen Kommission begrüßten 2016 den Friedensplan und hoben Abdullah Öcalans Rolle dabei hervor. Haben diese jetzt nur Euro- und Dollarzeichen vor Augen ob der prima Kriegs- und Zivilgeschäfte mit der Türkei, dem von Europa finanzierten Grenzzaun gegen Syrien? Es ist an der Zeit, sich wieder an die fundamentalen Menschenrechte zu erinnern und politisch zu handeln. Leyla Güven ist seit 70 Tagen im Hungerstreik. Was soll noch passieren? Solidarität mit den politischen Gefangenen und den Hungerstreikenden in der Türkei ist dringend geboten.

Kommando: Reeechts schwenkt! Kramp-Karrenbauers neue Töne

Martin Fochler, München

Noch anlässlich der Weihnachts- und Neujahrsansprachen im Bund und im Land Bayern konnte man glauben, dass die Union im Bund mit den Grünen einen Platz links von der Mitte suche. Die namentlich vom NRW-Ministerpräsidenten Laschet ausgerufene und von so gut wie allen Unionshäuptern wiederholte Berufung auf das „christliche Menschenbild" schloss die Kluft, die sich zu den Kirchen aufgetan hatte, und festigte die Brücke zu den grünen Milieus. Die sehr elastische politische Idee wurde namentlich im letzten Jahrhundert so geformt, dass sie mit der Deklaration der Menschenrechte und dem z.B. im Grundgesetz verankerten Leitwert der Menschenwürde zusammenpasst. Sie stellt die Menschenwürde vor die Staatsräson, glaubhaft durch die Politik der Kanzlerin, die Verantwortung für das Schicksal der flüchtenden Mitmenschen anerkannte. Starke Kräfte in den Parteien, im Staat und in der Gesellschaft weisen diese Verantwortung – koste es was es wolle – zurück. Hier gilt die vulgäre Devise „Jeder ist sich selbst der Nächste". Ein weiteres Bindeglied war die Absage an den Nationalismus, die durch die Nominierung des CSU-Politikers Manfred Weber zum Spitzenkandidaten der Europawahl unterstrichen wurde. Abgeschlossen wurde diese Phase der Strategiefindung durch die Wahl Annegret Kramp-Karrenbauers zur Parteivorsitzenden der CDU.

Die Unionsklausur vom vergangenen Wochenende markiert nun einen anderen Weg. Laut Presseberichten sagte Frau Kramp-Karrenbauer: „‚Wir werden uns die gesamte Einwanderungsfrage von dem Schutz der Außengrenze über die Asylverfahren bis zur Integration unter dem Gesichtspunkt der Wirksamkeit anschauen.' … Zusammen mit Experten von der EU-Grenzschutzbehörde Frontex bis zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) werde geprüft, was an welcher Stelle verbessert werden müsse." (Dieser Beleg für viele bei: https://www.t-online.de/themen/annegret-kramp-karrenbauer)

Hätte Angela Merkel eine solche Generalrevision ausgerufen, wäre viel kaputt gewesen. Die Berufung aufs christliche Menschenbild lebt davon, dass Leute persönlich daran festhalten. Die neue Parteivorsitzende kann die institutionelle Trennung ausnutzen, um eine Rechtsverschiebung einzuleiten, die der Kanzlerin nicht an die Ehre geht – sie bleibt ja fest – und gleichzeitig den rechten Strömungen in den Unionsparteien, im Staatsapparat und in der Gesellschaft entgegenkommt. Die Kritik an Nationalismus wird mit dem Versuch verbunden, das abgelebte Denkmuster der EU neu aufzuhalsen. Dem dient die Betonung der Außengrenzen, und in diesen Rahmen fügt sich auch die Vielzahl der Rüstungsprojekte und auch die Idee, junge EU-Bürger für den Dienst in der Bundeswehr zu werben. So ordnet Frau Kramp-Karrenbauer die Fülle bereits laufender Einzelmaßnahme unter ein einheitliches Deutungsmuster, in dem die Priorität der Staatsräson wieder klargestellt ist.

Und in der Wirtschaftspolitik? Ausgerechnet am 24. Dezember 2018 publiziert Martin Rhonheimer, Professor für Ethik und politische Philosophie an der Päpstlichen Universität Santa Croce in Rom, in der FAZ einen Aufsatz, in dem er die Sozialkritik des Papstes (Stichwort „Diese Wirtschaft tötet") ausdrücklich kontert und u.a. feststellt, dass gewerkschaftliche Aktivität den Armen schadet, während Luxuskonsum ihnen hilft. (http://plus.faz.net/faz-edition/wirtschaft/2018-12-24/3e654a51b047309666af007ba14b666c?GEPC=s9) Da steht noch einiges bevor.

Linke verurteilt Angriff auf Bremer Bundestagsabgeordneten

Zu dem gewalttätigen Angriff auf den Bremer Bundestagsabgeordneten Frank Magnitz erklärt Kristina Vogt, Fraktionsvorsitzende der Fraktion Die Linke in der Bremischen Bürgerschaft: „Die Attacke auf Herrn Magnitz ist klar zu verurteilen. Gewalt gegen Menschen ist kein Mittel politischer oder persönlicher Auseinandersetzung. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit gilt universell – auch für Feinde der Demokratie. Wir wollen die AfD politisch stellen: mit unserem Einsatz für ein sozial gerechtes Bremen und einer klaren Absage an völkische und rassistische Positionen. Wir hoffen, dass die Hintergründe der Tat schnell aufgeklärt werden und Herr Magnitz wieder vollständig gesund wird."
http://www.dielinke-bremen.de

Frexit, Grexit, Dexit – Brexit?

Eva Detscher, Karlsruhe

Der Redaktionsschluss 14.1.2019 erlaubt uns leider nicht, das Ergebnis der Abstimmung im britischen Parlament am 15.1. zu analysieren. Szenario 1: das britische Parlament stimmt dem zwischen der britischen Regierung und der EU ausgehandelten Vertrag zu, das würde zur sofortigen Aufnahme von konkretisierenden Verhandlungen führen. Kommissionspräsident Juncker und der Präsident des Europäischen Rates Tusk haben in einem aktuellen Schreiben die Bereitschaft und den Willen dazu signalisiert (siehe Kasten).

Falls Szenario 2 eintritt und das Parlament gegen den ausgehandelten Vertrag stimmt, wird es rund gehen im Königreich: ohne Vertrag raus aus der EU, den Austritt absagen, ein neues Referendum? Flankiert von einem Misstrauensvotum gegen Theresia May, was Mr. Corbyn von Labour vorschwebt; Neuwahlen, die die Konservativen absolut nicht wollen – Antrag auf Verlängerung der Frist über den 29.3. hinaus – was von all den Optionen tatsächlich greifen wird, ob eine eher depressive oder eher kämpferische Stimmung aufkommt – all dies ist kaum vorherzusehen und trägt die Möglichkeit von chauvinistischer Mobilisierung gegen das Unbritische in sich.

Gelbwesten werden von Gegnern wie Befürwortern des Brexit gleichermaßen getragen, man prügelt sich auch schon mal. Eine schier nicht absehbare Aufladung des eigentlichen Themas bringt das Land an den Rand einer Zerreißprobe. Cui bono – wem nützt diese Stimmung? Labour meint immer noch, diese Polarisierung würde ihr zu Wahlsiegen

verhelfen, und schweigt sich aus, was denn anders verhandelt werden könnte. Den Schwarzen Peter nach „Brüssel“ schieben ist jedenfalls keine besonders intelligente Art und Weise, Perspektiven und Handlungsoptionen aufzuzeigen für die vielfältigen Baustellen in der britischen Gesellschaft. Die Parteifreunde von Theresa May, die ihre Messer seit deren Amtsantritt wetzen, erweisen sich als blind für das Systemische beim Wirtschaften und bei der Befindlichkeit ihres Landes: die einen schwärmen von der Wiederkunft des weltumspannenden Herrschafts- und Handelsgebietes, die anderen von einer Abschottung von Kontinentaleuropa als Voraussetzung für eigene Wirtschaftskraftsteigerung.

Europa hält den Atem an

Viele Themen im Feld europäischer Politik sind auf Kante genäht und sind – übrigens schon immer – Stoff für diverse Erzählungen. Alles, was jetzt in Großbritannien passieren wird, wird sich darauf auswirken. Bei uns ist es die AfD, die kriegsgewinnlerisch davon redet, dass die EU den Briten „Steine in Weg legt“ (Meuthen im Dlf-Interview vom 11.1.19). Als letzter AfDler im EU-Parlament, Mitglied in der Gruppe „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (EEFD mit aktuell 44 Abgeordneten aus hauptsächlich UKIP (GB), FN (Frankreich), M5S (Italien), Schwedendemokraten will er nach den Wahlen 2019 an einer neuer Gruppe im EP arbeiten –, um das Parlament abzuschaffen. Er versucht sich in Stellung zu bringen, dass egal was brexitmäßig passiert, der Schuldige am Elend ausgemacht ist und die Rettung in Gestalt deutschen Volkstums auftauchen wird. Pikanterweise könnte er sich genau hier verrechnen: auf solcherlei Deutschtum haben andere in Europa keine Lust.

Schreiben von Juncker und Tusk an Theresa May, 14. Januar 2019

Wie Sie wissen, bedauern, aber respektieren wir die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die Europäische Union zu verlassen. Wir sind auch der Ansicht, dass Brexit eine Quelle der Unsicherheit und Unruhe ist. In diesen schwierigen Zeiten teilen wir daher mit Ihnen die Entschlossenheit, so viel Sicherheit und Klarheit wie möglich für Bürger und Unternehmen in einer Situation zu schaffen, in der ein Mitgliedstaat nach mehr als vier Jahrzehnten engster wirtschaftlicher und politischer Integration die Europäische Union verlässt. Deshalb ist das Rücknahmeabkommen, das Sie und die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten nach langen Verhandlungen vereinbart haben, so wichtig. Er stellt einen fairen Kompromiss dar und zielt darauf ab, einen geordneten Rückzug des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zu gewährleisten und damit die negativen Folgen von Brexit zu begrenzen. Deshalb wollen wir auch in Zukunft so eng wie möglich eine Beziehung zum Vereinigten Königreich aufbauen, die auf der politischen Erklärung aufbaut, die die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten mit Ihnen vereinbart haben. Deshalb wollen wir auch, dass die entsprechenden Verhandlungen so schnell wie möglich nach dem Rückzug des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union aufgenommen werden. Direkt nach dem 29.3.2019 werden seitens der Europäischen Kommission Verhandlungsstrukturen geschaffen
Zum Backstop: Das Karfreitagsabkommen von 1998 wird nicht berührt. Eine harte Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland soll vermieden werden; Zustimmung des Vereinigten Königreiches in Rechtsfragen dazu wird über einen Gemeinsamen Ausschuss organisiert; es soll schnell gearbeitet werden, um noch vor Ende Dezember 2020 ein Folgeabkommen abzuschließen, notfalls diese Frist zu verlängern; sollte der Backstop in Kraft treten, soll dies nur vorübergehend sein..

Frankreich: Gilets Jaunes – Wege aus der Krise?

Matthias Paykowski, Karlsruhe

Anfang Dezember hat die französische Regierung aufgrund der heftigen Proteste bereits beschlossene Maßnahmen wieder zurückgenommen: die Steuererhöhungen auf Kraftstoffe wurden für 2019 ausgesetzt, ebenso die verschärften Regelungen für technische Untersuchungen bei Fahrzeugen. Preiserhöhungen bei Gas und Strom soll es in diesem Winter nicht geben. Der Mindestlohn (Smic) wird ab 2019 um monatlich hundert Euro erhöht. Für Rentner und Pensionäre, die zwischen 1200 und 2000 Euro Rente beziehen, wird 2019 die Erhöhung des Sozialbeitrags (CSG) ausgesetzt, und auf Überstunden müssen zukünftig keine Steuern und Beiträge abgeführt werden.

Die Teilnahme an den Demonstrationen der Gilets Jaunes ist zurückgegangen und die Unterstützung in den Umfragen sinkt. Aber die Rücknahme der Maßnahmen durch die Regierung hat die aufgeheizte gesellschaftliche Stimmung kaum beruhigt. Am 12. Januar kamen erneut einige Zehntausend zu den als „Acte IX“ angekündigten Demonstrationen in verschiedenen französischen Städten.

Die Bewegung der Gilets Jaunes sammelt sich aktuell inhaltlich um die Internet-Petition „Referendum Initiative der Bürger“ (RIC). Unter der Parole „Mehr direkte Demokratie“ wird ein plebiszitäres Modell in Gegensatz zur repräsentativen Demokratie gesetzt, mit dem Ziel Gesetze zu Fall zu bringen. (In Auszügen siehe [1]).

Dass der Front National diese Art von Ermächtigungsdemokratie schon seit den 80er Jahren fordert und auch La France Insoumise sich dafür stark macht, erzeugt eine nicht ungefährliche Situation der Umsturzschwärmerei. Bisher können solche Initiativen entweder nur auf Beschluss des Präsidenten, nach Vorschlag von Regierung oder Parlamentskammern stattfinden oder sie können begrenzt auf regionaler bzw. kommunaler Ebene initiiert werden – aber auch hier nur dann, wenn es von der Exekutive angestoßen wird.

Die Gilets Jaunes – oder wenigstens Teile davon – verstehen sich als Le Peuple, das Volk, und behaupten den Volonté générale der französischen Gesellschaft (Rousseau) zu verkörpern. Offensichtlich trifft die Kritik einen wunden Punkt des politischen Systems. Das thematisiert auch Macron, und dies bietet die Chance zu einem Dialog. Die Kritik der Gilets Jaunes formuliert, dass das parlamentarische System die Breite der verschiedenen Wählerschichten und -meinungen nicht repräsentiere, die Stellung des Präsidenten („Jupiter“!) – bei nahezu vollständig ausgeschaltetem parlamentarischen Geschehen – unangemessen stark sei. Die Krise der Parteien, bis hin zu En Marche (LREM), das nur als Anhängsel des Präsidenten wahrgenommen wird, lässt den Diskurs und damit die Äußerung von Interessen im Parlament als fast aussichtlos erscheinen.

Macron hat zur Lösung der schweren Krise eine „große Debatte“ zur Zukunft der französischen Gesellschaft angekündigt, zum Dialog aufgerufen und dazu eingeladen (in Auszügen siehe [2]). Diesen Dialog organisieren die Bürgermeister der Städte und Kommunen, er wird ab Mitte Januar landesweit stattfinden. Und das ist nicht ein Angebot nur an die Gilets Jaunes.

DOK [1] Aus der Internet-Petition der Gilets Jaunes – Auszüge

Wir schlagen vor, uns um eine einzige und einzigartige Forderung zu vereinen: das Referendum über eine „Initiative der Bürger“ ...

• Durch ein legislatives Referendum sollen die Bürger über ein Gesetz entscheiden (das die Abgeordneten ablehnen) ...

• Durch ein Aufhebungs-Referendum sollen die Bürger über die vollständige oder teilweise Aufhebung eines Vertrags, eines Gesetzes oder einer Handlung mit Rechtskraft abstimmen, beispielsweise um das Gesetz zum Arbeitsrecht, die „Macron-Verordnungen“, das Gesetz zur Erhöhung der CSG (die Sozialbeiträge; M.P.) oder die Gesetze zur Entindexierung von Löhnen und Renten aufzuheben (die Liste der Schurkengesetze ist lang, die das Volk dank des RIC zerstören kann).

• Durch ein verfassungsmäßiges Referendum könnten die Bürger ihre eigenen Verfassungen überarbeiten. Zum Beispiel: RIC, das die Änderung des Status von gewählten Vertretern, Ministern, die Regelung ihrer Gehälter, Abschaffung ihrer Privilegien, Festlegung ihrer wahren Verantwortung, die Gewährleistung ihrer Ehrlichkeit (z.B. durch die Auferlegung eines sauberen Strafregisters für Wahlkandidaten), die Streichung des Vertrags von Lissabon aus unserer Verfassung ...

• Durch das widerrufliche Referendum können die Bürger jederzeit die Entlassung eines Vertreters, eines gewählten Beamten, eines Ministers, eines hohen Beamten erwirken.

Quelle: https://www.change.org/p/pour-un-référendum-d-initiative-citoyenne?recruiter=54863360&utm_source=share_petition&utm_medium=twitter&utm_campaign=psf_combo_share_abi.pacific_email_copy_en_gb_4.v1.pacific_email_copy_en_us_3.control.pacific_email_copy_en_us_5.v1.pacific_post_sap_share_gmail_abi.gmail_abi.lightning_2primary_share_options_more.control

DOK [2] Aus dem Offenen Brief von Macron, 13.1.2019 – Auszüge

„Diese Debatte wird einige Schlüsselfragen beantworten müssen, die sich in den letzten Wochen ergeben haben. Deshalb haben wir mit der Regierung vier Hauptthemen gewählt, die viele der größten Herausforderungen des Landes abdecken: Steuern und öffentliche Ausgaben, die Organisation des Staates und der öffentlichen Dienste, ökologischer Wandel, Demokratie und Bürgerschaft ...

Das erste Thema betrifft unsere Steuern, Ausgaben und öffentlichen Maßnahmen. Die Besteuerung steht im Mittelpunkt unserer nationalen Solidarität. Sie ist es, die unsere öffentlichen Dienste finanziert ... Sie ermöglicht es, soziale Dienstleistungen für die Schwächsten zu erbringen, aber auch bestimmte große zukünftige Projekte, unsere Forschung, unsere Kultur oder den Erhalt unserer Infrastrukturen zu finanzieren. Es sind auch die Steuern, die die Zinsen für die sehr hohe Verschuldung zahlen, die unser Land im Laufe der Zeit angehäuft hat ...

Wir müssen uns jedoch weitergehende Fragen stellen. Wie könnten wir unsere Besteuerung gerechter und effizienter gestalten? Welche Steuern sollten Ihrer Meinung nach vorrangig gesenkt werden? Auf jeden Fall können wir die Steuern nicht weiter reduzieren, ohne das Gesamtniveau unserer öffentlichen Ausgaben zu senken. Welche Einsparungen sollten Ihrer Meinung nach im Vordergrund stehen?

Sollten bestimmte öffentliche Dienstleistungen, die veraltet oder in ihrem Nutzen zu teuer sind, abgeschafft werden? Sehen Sie andererseits einen neuen Bedarf an öffentlichen Dienstleistungen und wie sollen diese finanziert werden?

Auch unser Sozialmodell wird in Frage gestellt. Einige halten es für unzureichend, andere für zu teuer wegen der von Ihnen gezahlten Beiträge. Die Wirksamkeit sowohl der Ausbildungs- als auch der Arbeitsverwaltungen wird oft kritisiert. Die Regierung hat nach umfangreichen Konsultationen mit einer Strategie für unsere Gesundheit, zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit begonnen. Wie können wir unseren Sozialpakt besser organisieren? Welche Ziele sollten als Priorität definiert werden?

Das zweite Thema, zu dem wir Entscheidungen treffen müssen, ist die Organisation des Staates und der Behörden.

Öffentliche Dienstleistungen verursachen Kosten, aber sie sind lebenswichtig: Schulen, Polizei, Armee, Krankenhäuser, Gerichte sind für unseren sozialen Zusammenhalt unerlässlich.

Gibt es zu viele Verwaltungsebenen oder Ebenen von lokalen Behörden? Sollte die Dezentralisierung gestärkt und mehr Entscheidungsfindung und Handeln so bürgernah wie möglich stattfinden können? Auf welchen Ebenen und für welche Dienstleistungen?

Wie soll der Staat organisiert werden und wie kann er sein Handeln verbessern? Sollte das Funktionieren der Verwaltung überprüft werden und wie?

Wie können sich die staatlichen und lokalen Behörden verbessern, um besser auf die Herausforderungen in den schwierigsten Feldern reagieren zu können, und was schlagen Sie vor? ...

Schließlich zeigt sich deutlich, dass wir mehr Kraft für Demokratie und Staatsbürgerschaft aufbringen müssen. Bürgersein bedeutet, bei der Entscheidung über die Zukunft des Landes mitzuwirken, indem man Vertreter auf lokaler, nationaler oder europäischer Ebene wählt. Dieses Repräsentationssystem ist das Fundament unserer Republik, aber es muss verbessert werden, da sich viele nach den Wahlen nicht vertreten fühlen.

Sollten wir den leeren Stimmzettel anerkennen? Sollte die Abstimmung obligatorisch gemacht werden? Was ist das richtige Maß an Verhältnismäßigkeit bei Parlamentswahlen für eine gerechtere Vertretung aller politischen Projekte? (In Frankreich gibt es heute ein striktes Mehrheitswahlrecht.) Sollte die Anzahl der Parlamentarier oder anderer Kategorien von gewählten Amtsträgern begrenzt werden und in welchem Umfang?

Welche Rolle sollten unsere Versammlungen, einschließlich des Senats und des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates, bei der Vertretung unserer Territorien und der Zivilgesellschaft spielen? Sollten sie transformiert werden und wie?

Darüber hinaus muss eine große Demokratie wie Frankreich in der Lage sein, häufiger auf die Stimme ihrer Bürger zu hören. Welche Änderungen würden Sie sich wünschen, um die Bürgerbeteiligung aktiver und die Demokratie partizipativer zu gestalten? Sollten beispielsweise nicht gewählte Bürger, die durch das Los gezogen werden, direkter in die öffentliche Entscheidungsfindung einbezogen werden? Sollte der Einsatz von Referenden verstärkt werden, und wer sollte sie initiieren? ...

Quelle: http://www.leparisien.fr/politique/grand-debat-national-la-lettre-d-emmanuel-macron-aux-francais-13-01-2019-7987896.php

Die Türkei will ihre Besatzung in Nordsyrien militärisch weiter ausdehnen

Rudolf Bürgel, Karlsruhe

Die Türkei agiert in Nordsyrien auf einem 4000 Quadratkilometer großem Gebiet (Dscharabulus, al-Bab und Asas) als Besatzungsmacht. Dieses Gebiet wurde im Rahmen der türkischen Militäroffensive vom August 2016 bis März 2017 besetzt. Zu diesem Ergebnis kommt das von der Linksfraktion beauftragte Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags vom 21. Dezember 2018. Angezweifelt wird darin die Rechtfertigung der türkischen Militärpräsenz als Selbstverteidigung gegen den IS und „kurdische Terroristen". In dem Gutachten wird von dem Aufbau türkischer Verwaltungs-, Geld- und Infrastrukturen bis zu Einführung von Türkisch in den Schulen berichtet.

Den türkischen Angriff von Januar bis März 2018 auf Afrin, die angrenzende Region zu dem obigen Gebiet, hatte der Wissenschaftliche Dienst in einem früheren Gutachten als Angriffskrieg gedeutet. Die Türkei hat nun den Nordwesten Syriens vom Mittelmeer bis Afrin besetzt.

Präsident Erdogan kündigte vor der UN-Vollversammlung Ende letzten Jahres die Absicht einer vollständigen „Säuberung" Nordsyriens von den in den letzten Jahren entstandenen Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava an. Der Wissenschaftliche Dienst stellt dazu fest, dass völkerrechtlich die Zielsetzung der Türkei, „staatlich-kurdische Strukturen in Nordsyrien verhindern zu wollen" keine Rechtfertigung für einen militärischen Einsatz geben.

Hier stellt sich die Frage des Einsatzes deutscher Waffen bei dem Angriffskrieg der Türkei. Normalerweise werden Lieferungen von Militärgut mit Einsatzauflagen verbunden. Bei den Leopardpanzern, die im Stadtzentrum von Afrin mit türkischen und dschihadistischen Kräften einfuhren, wurde festgestellt, dass sie ohne diese Auflagen geliefert worden waren. Ist das auch der Fall bei den anderen Waffensystemen, für die zig Millionen in die Kassen der deutschen Rüstungsindustrie flossen und die mit öffentlichen Hermesbürgschaften abgesichert sind?

Von Moral wollen wir gar nicht mehr sprechen, aber davon, dass die Bundesregierung und die Rüstungsfirmen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg unterstützen und auch die wohl auf Dauer angelegte Besetzung Nordsyriens.

Der Aufmarsch der türkischen Armee für den Angriff auf Rojava ist fast abgeschlossen. An der Grenze zu Kobane und an der nordirakischen Grenze zu Sengal (Sinjar) sind die Truppen massiert und warten auf den Einsatz.

Die türkische Diplomatie befindet sich deshalb im Dauereinsatz in Verhandlungen mit den USA und Russland. Vorwände für den Angriff werden auch geschaffen: In Idlib lässt die Türkei derzeit den mit ihr verbündeten al-Qaida-Gruppen freie Hand.

Ohne internationale Garantien für die Selbstverwaltungsgebiete von Rojava rückt die Aussicht auf eine mögliche Zukunft ohne Krieg in Syrien weiter in die Ferne. Das sollte die Politik der Bundesregierung umtreiben, nicht neue Rüstungsgeschäfte. Und hier ist auch die alte und neue Friedensbewegung in Deutschland gefragt.

DOK Zur völkerrechtlichen Einordnung der türkischen Militärpräsenz in Nordsyrien

Wissenschaftliche Dienste, Aktenzeichen: WD 2 – 3000 – 183/18, Abschluss der Arbeit: 21. Dezember 2018 | Fussnoten des Originals nicht wiedergegeben.

1. Zur türkischen Militärpräsenz in Nordsyrien

Im Rahmen der Militäroffensive „Schutzschild Euphrat" haben türkische Truppen zwischen August 2016 und März 2017 ein ca. 2000 Quadratkilometer großen Gebietes im Norden Syriens eingenommen, welches die Städte Dscharabulus, al-Bab und Asas umfasst und seitdem von der Türkei kontrolliert wird. Aktuelle Presse- und Medienberichte über die Situation in Nordsyrien bleiben indes weitgehend fragmentarisch: Berichtet wird etwa darüber, dass türkische Firmen und Institutionen in den Regionen um Asas, al-Bab und Dscharablus im Norden Syriens allgegenwärtig vertreten seien. Auch habe die Türkei in den Städten Verwaltungsstrukturen etabliert. Eingerichtet worden seien türkische Telefonnetze und türkische Postämter; es gebe Geldautomaten, welche türkische Lira ausgeben; Supermärkte mit türkischen Produkten sowie medizinische und Bildungseinrichtungen. In den Schulen würde Türkisch als Fremdsprache eingeführt. Auf den Straßen sorgten von der Türkei ausgebildete Polizeikräfte für Ordnung. Die eigentliche Macht liege indes in der Hand des türkischen Militärs und des türkischen Geheimdienstes.

Im Januar 2018 startete die türkische Armee gemeinsam mit verbündeten Milizen der Freien Syrischen Armee die Militäroffensive „Operation Olivenzweig" gegen die YPG in der nordsyrischen Region Afrin. Diese mündete in der Einnahme von Afrin im März 2018, so dass Ankara nun den ganzen Nordwesten Syriens kontrolliert.

Nach Angaben der türkischen Regierung handele es sich dabei um ein ca. 4000 Quadratkilometer großes Gebiet, welches jedoch nicht Teil der Türkei werden solle. Vielmehr betonte Staatschef Recep Tayyip Erdogan im Oktober 2017, dass er es nicht darauf anlege, Nordsyrien quasi „zur 82. Provinz der Türkei" zu machen. Seinen Angaben zufolge wolle die Türkei dieses Land nicht besetzen, sondern strebe an, dass seine rechtmäßigen Besitzer dorthin zurückkehrten. Wie lange die türkische Präsenz im Nordwesen Syriens dauern soll, ist ungewiss.

2. Völkerrechtliche Einordnung

Zur völkerrechtlichen Einordnung der türkischen Militärpräsenz in Nordsyrien wurden aktuelle Berichte aus den deutschen und – soweit verfügbar – englischsprachigen türkischen Medien herangezogen.

Offizielle Stellungnahmen der türkischen Regierung zu den sicherheitspolitische Zielsetzungen der Türkei – insbesondere zur Dauer der türkischen Militärpräsenz – sowie Informationen über die konkrete Ausgestaltung der Verwaltungsstrukturen in den von der Türkei eingenommenen Gebieten, bei denen türkische Hoheitsgewalt auf eine Gemengelage aus kurdischer Autonomie und syrischem Landesrecht trifft, liegen den Wissenschaftlichen Diensten nicht vor. Eine entsprechende Anfrage an die türkische Botschaft in Berlin vom 6. Dezember 2018 blieb bis dato unbeantwortet.

Im Folgenden werden die im Zusammenhang mit der türkischen Militärpräsenz in Nordsyrien in Medienberichten immer wieder verwendeten (völkerrechtlichen) Kategorien der Annexion, des Protektorats und der Besatzung dargestellt und – soweit dies angesichts der verfügbaren Informationen möglich ist – im Hinblick auf die Situation vor Ort erörtert.

2.1. Annexion • Die Annexion bezeichnet einen gewaltsamen und damit völkerrechtswidrigen Gebietserwerb durch den annektierenden Staat. Merkmal der Annexion ist eine vollständige, dauerhafte und effektive Inbesitznahme eines Gebietes gegen den Willen des annektierten

Staates und unter Ausschaltung der dort herrschenden Staatsgewalt. Eine effektive Inbesitznahme liegt nicht vor, wenn in dem zu annektierenden Gebietsteil ein nicht unerheblicher Bestandteil fremder Staatsgewalt zurückbleibt. Ebenso deuten Kampfhandlungen zwischen dem Territorialstaat und dem annektierenden Staat darauf hin, dass die Annexion noch nicht vollzogen ist. Beispiele für Annexionen sind z.B. die irakische Einnahme Kuweits im August 1990 oder die russische Annexion der ukrainischen Krim im Jahre 2014.

Die türkische Militärpräsenz im Nordwesten Syriens lässt sich derzeit nicht als eine Annexion bezeichnen, da es der türkischen Regierung – soweit ersichtlich – an der Absicht fehlt, das syrische Territorium in den Regionen von Asas, al-Bab, Dscharablus und Afrin dem türkischen Staatsgebiet einzuverleiben und als eigenes Territorium zu behandeln.

2.2. Protektorat • Dem Begriff des Protektorats bzw. des „protegierten Staates" unterfällt eine Vielzahl von Beziehungen mit unterschiedlichen Abhängigkeitsgraden über eine Zeitspanne, die von wenigen Jahren bis mehreren Dekaden reichen kann. Protektorate werden im gegenseitigen Einvernehmen zwischen zwei Völkerrechtssubjekten begründet. Ziel ist es, das Protektorat vor Übergriffen anderer Staaten bzw. vor inneren Unruhen zu schützen; dazu erhält die Protektoratsmacht bestimmte außen- und sicherheitspolitischen Befugnisse über den Protektoratsstaat. Üblicherweise liegt dem Protektorat ein Vertrag zwischen den beteiligten Staaten zugrunde. Entscheidendes Merkmal dieses Vertrages ist der vollständige Übergang der auswärtigen Gewalt auf die Protektoratsmacht, während der Protektoratsstaat für die Ausübung seiner inneren Angelegenheiten zuständig bleibt. Ein Protektorat unterscheidet sich von einem annektierten Gebiet dadurch, dass es nicht Teil des Staatsgebietes der Protektoratsmacht ist.

Angesichts des Umstandes, dass die türkische Militärpräsenz in Nordsyriens nicht auf gegenseitigem Einvernehmen mit der syrischen Zentralregierung beruht, sondern eine Militäroffensive der Türkei in Nordsyrien voranging, lässt sich – entgegen der Bezeichnung in Presseberichten – völkerrechtlich nicht von einem türkischen Protektorat in Nordsyrien sprechen.

2.3. Besatzung • Der Begriff der militärischen Besatzung (occupatio bellica) bestimmt sich nach Art. 42 der Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907. Danach gilt ein Gebiet besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt eines feindlichen Heeres befindet. Die Besatzung bezieht sich dabei auf die Gebiete, in denen diese Gewalt i.S.e. effektiven Kontrolle hergestellt ist und ausgeübt werden kann. Die Besatzung ist eine Form der Fremdherrschaft und als solche stets provisorischer Natur. Die Besatzungsgewalt überlagert dabei die nationale Hoheitsgewalt in den besetzten Gebieten. Gleichwohl soll die Besatzung nach Möglichkeit unter Beachtung der Landesgesetze erfolgen (Art. 43 HLKO).

Den meisten Fällen geht der Besatzung einen militärischen [sic] Einmarsch voraus, die [sic] für sich genommen allerdings noch keine Besatzungssituation begründet. Wann eine militärische Invasion in eine Besatzung umschlägt, lässt sich nicht immer eindeutig festmachen. Die Proklamation einer Besatzung ist – ebenso wie eine Kriegserklärung – jedoch nicht notwendig und hat, wenn sie denn überhaupt erfolgt, nur deklaratorischen Charakter. Die Rechtmäßigkeit der militärischen Invasion sowie die Rechtmäßigkeit der Besatzung selbst sind für die Anwendbarkeit von Besatzungsrecht irrelevant. Unerheblich ist auch eine Selbstbezeichnung der Invasoren als „Befreier" (statt: „Besatzer").

Die Besatzungsmacht unterliegt besonderen Rechtspflichten: So gelten in besetzten Gebieten insbesondere die Regeln der HLKO (Art. 42 ff.), das IV. Genfer Abkommen (Art. 47 ff.) sowie Grundrechte der örtlichen Bevölkerung (Art. 46 HLKO). Auch internationale Menschenrechte (insb. das ius cogens) sind von der Besatzungsmacht einzuhalten. Die Besatzungsmacht darf sich gem. Art. 55 HLKO lediglich als Verwalter bzw. Nutznießer gerieren – eine Einverleibung des besetzten Gebietes in das Territorium der Besatzungsmacht ist damit ausgeschlossen. Plünderungen, Deportationen und Bevölkerungstransfers sind ausdrücklich verboten (Art. 47 HLKO, Art. 49 des IV. GA); eine Evakuierung bestimmter Gebiete ist dagegen aus militärischen Gründen zulässig.

Die Besatzungsmacht ist für die Wohlfahrt der ansässigen Bevölkerung verantwortlich und hat die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten (Art. 43 HLKO). Weiter muss die Besatzungsmacht die Versorgung mit Lebensmitteln und medizinischen Leistungen sowie die Instandhaltung notwendiger Elemente der Infrastruktur sicherstellen (Art. 55 f. des IV. GA). Eine Besatzungsmacht unterliegt den besatzungsrechtlichen Pflichten unabhängig davon, ob die Besatzung an sich völkerrechtskonform ist oder nicht.

Bei Lichte betrachtet erfüllt die türkische Militärpräsenz in der nordsyrischen Region Afrin sowie in der Region um Asas, al-Bab und Dscharablus im Norden Syriens völkerrechtlich alle Kriterien einer militärischen Besatzung.

Unerheblich für die völkerrechtliche Qualifikation einer Militärpräsenz als „Besatzung" ist auch die rechtliche Bewertung einer vorausgegangenen Militäroffensive. Die im Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste vom 7. März 2018 zur „Operation Olivenzweig" geäußerten rechtlichen Zweifel an der Verhältnismäßigkeit des militärischen Vorgehens der Türkei in Nordsyrien im Hinblick auf Umfang, Ziele und Dauer der Militäroperation beziehen sich auf die Frage der Ausübung (bzw. der Verhältnismäßigkeit) des Selbstverteidigungsrechts nach Art. 51 VN-Charta im Rahmen eines (noch) andauernden bewaffneten Konflikts und nicht auf die nachfolgende Besatzung, die rechtlich erst mit Einstellung der Kampfhandlungen beginnt. Wann die türkische Besatzung nordsyrisch-kurdischer Gebiete begonnen hat, lässt sich daher nicht auf den Tag genau festlegen.

Sowohl die türkische Militäroperation „Olivenzweig" ab Ende Januar 2018 als auch die nachfolgende und bis heute andauernde türkische Militärpräsenz in Nordsyrien stützt sich rechtfertigungshalber auf das Selbstverteidigungsrecht aus Art. 51 VN-Charta. Voraussetzung für das Selbstverteidigungsrecht ist ein gegenwärtiger bzw. andauernder bewaffneter Angriff gegen die Türkei. Die militärpolitische Zielsetzung, staatlich-kurdische Strukturen in Nordsyrien verhindern zu wollen, reicht dazu nicht aus. Solange vom sog. „Islamischen Staat" (IS) oder von kurdischen Milizen tatsächlich (Raketen-)Angriffe in Form von terroristischen Anschlägen ausgehen, ist die Berufung auf das Selbstverteidigungsrecht zulässig.

Das Selbstverteidigungsargument verliert jedoch mit der territorialen Schwächung des „IS" in Syrien sowie mit zunehmendem zeitlichen Abstand zu jener – damals schon umstrittenen – Selbstverteidigungslage, auf die sich die Türkei im Januar 2018 berufen hatte, zunehmend an rechtlicher Tragfähigkeit.

Im Zuge des von US-Präsident Trump am 19. Dezember 2018 überraschend angekündigten Abzugs aller amerikanischen Streitkräfte aus Syrien bereitet die Türkei offenbar eine weitere Offensive in Nordsyrien vor. Ob eine türkische Besetzung größerer kurdisch-syrischer Gebiete südlich der türkischen Grenze völkerrechtlich notwendig ist, um die Türkei vor – fortlaufenden – Angriffen durch kurdische Milizen bzw. den „IS" zu schützen, lässt sich trotz des militärpolitischen Einschätzungsspielraums, den man der Türkei bei dieser Frage zubilligen muss, durchaus bezweifeln. □

FRIEDEN STATT AUFRÜSTUNG! NEIN ZUM KRIEG!

https://sicherheitskonferenz.de/de/Aufruf-SiKo-Proteste-2019

München. Vom 15.-17. Februar 2019 findet in München die „Sicherheitskonferenz“ (SIKO) statt. Und Sicherheit könnten wir gut gebrauchen: Die Sicherheit, dass wir uns morgen noch unsere Miete leisten können, dass es keinen Krieg gibt und unsere Umwelt nicht den Bach heruntergeht. Aber um all das geht es bei der SIKO nicht.

Was ist die SIKO?

Es treffen sich Staats- und Regierungschefs mit Vertreter*innen aus Militär, Wirtschaft und Rüstungsindustrie, vorwiegend aus Nato-Staaten. Sie tagen im Bayerischen Hof – angeblich, um „einen Beitrag zur internationalen Sicherheit“ zu leisten. Tatsächlich geht es um die Rechtfertigung der Nato, ihrer Rüstungsausgaben und Kriegseinsätze, die uns als „humanitäre Interventionen“ verkauft werden.

Um welche Sicherheit sollte es gehen?

Hätten alle Menschen genug zu essen, ein Dach über dem Kopf, Zugang zu ärztlicher Versorgung, Bildung und existenzsichernder Arbeit, wäre das ein Beitrag zur Bekämpfung von Terrorismus und Fluchtursachen. Möglich wäre das. Aber um soziale Sicherheit, um Sicherheit für uns alle geht es den Nato-Strategen auf der SIKO nicht.

Stattdessen wollen sie die Vormachtstellung des „Westens“ und das kapitalistische Wirtschaftssystem, das auf Ausbeutung basiert, mit militärischer Stärke sichern. Dafür erhöhen sie die Militärausgaben, kaufen Killerdrohnen und perfektionieren ihr Atomwaffenarsenal.

Zwei Drittel der weltweiten Rüstungsausgaben von 1739 Milliarden Dollar in 2017 entfielen auf die Nato und mit ihnen kooperierende Staaten.

Kurdistan, Jemen, Mali, Afghanistan, Irak, Syrien. Die Liste der Länder, in denen Nato-Staaten Kriege führen oder unterstützen, ist lang. Sie stützen Regime, die ihnen Zugang zu Rohstoffen garantieren, und nehmen dabei Bürgerkriege wie z.B. im Kongo in Kauf. Mit ihren Militäreinsätzen sichern sie die Profite großer Konzerne, deren Zugang zu Absatzmärkten und die „Nachfrage“ nach Waffen. Durch diese Kriege werden die Lebensgrundlagen und damit jegliche soziale Sicherheit in den betroffenen Regionen zerstört und hunderttausende Zivilisten getötet.

Wir, die Menschen aller Länder, haben an solchen Kriegen kein Interesse. Wenn wir uns zusammentun, haben wir die Kraft, sie zu verhindern. Vor hundert Jahren hat die Weigerung der Kieler Matrosen, ihr Leben für Kaiser und Kapital zu geben, das Ende des ersten Weltkrieges eingeleitet. Heute weigern wir uns: Wir wollen kein nukleares Wettrüsten und wir wollen keine Kriege in unserem Namen. Was wir erarbeiten, soll nicht in Rüstung und Militär fließen, sondern in ein besseres Leben – für uns alle.

Statt eines militärischen Bündnisses, das nur im Rahmen militärischen Denkens agieren kann, brauchen wir eine globale Protestbewegung, die die Regierenden zu Abrüstung, Rüstungskontrollen, einer fairen Handelspolitik und zur Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen zwingt.

Daher richtet sich unser Protest gegen die Nato. Deren Sicherheit ist nicht unsere Sicherheit.

Welche Rolle spielt dabei die Bundesrepublik?

Deutschland ist an aktuellen Kriegen und Kriegsvorbereitungen beteiligt.

Die Bundesregierung will die Militärausgaben bis 2024 auf über 80 Milliarden Euro verdoppeln. Das wären 20% des Bundeshaushalts.

Diese Milliarden sollten in Arbeitslosenhilfe, bezahlbare Wohnungen oder in das Bildungs- und Gesundheitswesen fließen.

Aktuell ist die Bundeswehr an 14 Auslandseinsätzen beteiligt. Zudem ist Deutschland die Drehscheibe für den völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg der USA.

Die Bundesregierung boykottiert ein Verbot aller Atomwaffen

Zwei Drittel der UN-Mitgliedsstaaten haben einen Atomwaffenverbotsantrag beschlossen. Das wollen auch 90% der Bevölkerung in Deutschland. Aber die Bundesregierung hält an der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden fest. Sie weigert sich, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

Dabei droht ein neues atomares Wettrüsten: Donald Trump hat angekündigt, aus dem INF-Vertrag aussteigen zu wollen. Der INF-Vertrag verbietet die Entwicklung und den Besitz von landgestützten Nuklearraketen mit kurzer und mittlerer Reichweite. Mit einem Ausstieg würde sich die Gefahr eines Atomkrieges massiv erhöhen.

Deutschland bewaffnet Despoten und liefert Kriegswaffen in alle Welt

Deutsche Rüstungskonzerne verdienen Milliarden mit Waffenexporten in Krisenregionen. Die Türkei führt mit deutschen Waffen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Damit wird die Bundesregierung, zugunsten der eigenen wirtschaftlichen und strategischen Interessen, zur Komplizin des Erdogan-Regimes bei der brutalen Unterdrückung der Kurd*innen. Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung werden mit Füßen getreten.

Eine von Saudi-Arabien geführte Koalition mordet im Jemen auch mit deutschen Waffen. Dort sind inzwischen drei von vier Menschen auf Hilfslieferungen angewiesen, Millionen sind vom Hungertod bedroht ...

Geht mit uns auf die Straße

- für Abrüstung statt Aufrüstung. Kürzung des Militäretats.
- für Solidarität mit Geflüchteten. Fluchtgründe beseitigen, nicht verursachen.
- für eine Welt ohne Militär, somit auch für die Abschaffung der Bundeswehr.
- gegen Rüstungsexporte, insbesondere an kriegsführende Staaten. Verbot der Lizenzvergabe und der Verlagerung von Rüstungsfirmen ins Ausland.
- gegen die Produktion von Kriegswaffen. Sozialverträgliche Umstellung auf die Produktion ziviler Güter.
- für den Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag, Atomwaffen raus aus Deutschland.
- gegen den ständigen Bruch des Völkerrechts. Keine Beteiligung an Angriffskriegen.
- für den Austritt Deutschlands aus der Nato und allen Militärstrukturen der EU.
- für die Auflösung aller US- und Nato-Militärstützpunkte in Deutschland. Keine Beihilfe zu den US-Drohnenmorden.
- für Frieden in Europa; keinen Konfrontationskurs mit Russland.
- für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Frieden – statt Milliarden für Aufrüstung und Krieg.
- gegen eine ausbeuterische Handelspolitik, die Kriege, Armut und Flucht verursacht.

Ärzteorganisation fordert

echten Dialog über INF-Vertrag

Berlin. Die IPPNW kritisiert die … Äußerungen des Nato-Generalsekretärs Jens Stoltenberg über eine atomare Nachrüstung. Sie zeigten eine fehlende Bereitschaft der Nato, in einen echten Dialog mit Russland über den INF-Vertrag zu treten. Ein solcher Dialog sei aber bitter nötig. (…)

Die USA werfen Russland aufgrund der Entwicklung des SSC-8-Marschflugkörpers Vertragsbruch vor. Russland gibt die Entwicklung der neuen Waffe zu; Sergej Ryabkow, russischer Vize-Außenminister behauptet aber, dass der SSC-8 nicht gegen den INF-Vertrag verstoße. Andersherum wirft Russland den USA vor, durch das Aegis-Raketenabwehrsystem ebenfalls den INF-Vertrag zu verletzen. Die USA dementiert das.

Die USA droht Anfang Februar aus dem INF-Vertrag auszutreten, sollte der vermeintliche Vertragsbruch bis dahin nicht aufgeklärt sein. Die IPPNW fordert stattdessen einen lösungsorientierten und moderierten Dialog, der die gegenseitigen Vorwürfe ausräumt und ausarbeitet, wie es mit dem Vertrag in Zukunft weitergehen könnte – auch unter Einbeziehung von anderen Atomwaffenstaaten.

Eine atomare Nachrüstung in Europa führe erneut zu einem Wettrüsten wie im Kalten Krieg, so die IPPNW. „Die Stationierung von Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern verschärft den Konflikt zwischen Russland und der Nato und erhöht damit die Gefahr eines Atomkrieges durch Fehlalarm oder falsche Kalkulation“, erklärt Hall.

Zudem könnte das Scheitern des INF-Vertrages weitreichende Konsequenzen für die Abrüstung insgesamt haben, befürchtet die Ärzteorganisation. Der Neue START-Vertrag läuft 2021 aus und, wenn er nicht verlängert oder ein neuer bilateraler Vertrag an seiner Stelle verhandelt wird, wird die Begrenzung der stationierten Atomwaffen Russlands und der USA aufgehoben. Die Folge könnte ein unbegrenztes nukleares Wettrüsten sein.

Die IPPNW fordert die Bundesregierung daher auf, ihre Abrüstungspolitik zu überdenken, die auf dem START-Prozess fußt. „Wenn INF- und START-Vertrag scheitern,“ so Hall „bleibt nur noch die völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen durch den Vertrag zum Atomwaffenverbot (2017), der zusammen mit dem Nichtverbreitungsvertrag einen multilateralen Weg zur Eingrenzung des Wettrüstens und für eine vollständige nukleare Abrüstung darstellt.“

https://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/aerzteorganisation-fordert-echten-di.html

Große Koalition nicht zu dauerhafter Wende bei Rüstungsexporten bereit

Berlin. Die Bundesregierung verschleppt nicht nur die im Koalitionsvertrag vereinbarte Schärfung der Rüstungsexportrichtlinien. Sie liefert auch weiter Mordwerkzeuge in Kriegs- und Krisengebiete wie an Saudi-Arabien und seine Komplizen im Jemen-Krieg sowie an die Türkei“, erklärt Sevim Dagdelen, stellvertretende Vorsitzende und abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, anlässlich der Vorstellung des Rüstungsexportberichts der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE). Dagdelen weiter: „Ein Stopp von Waffenexporten an Riads Komplizen bei den Kriegsverbrechen in Jemen, wie Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate, ist überfällig. Notwendig ist zudem ein genereller und nicht nur ein zeitlich befristeter Exportstopp an die Kopf-ab-Diktatur Saudi-Arabien selbst. Nicht weiter hinnehmbar ist aber auch, dass die Bundesregierung die türkische Armee aufrüstet und damit zu deren Angriffskrieg gemeinsam mit islamistischen Mörderbanden auf den Norden Syriens Beihilfe leistet.
Die Bundesregierung darf sich nicht länger als Rüstungslobbyist betätigen und Waffendeals von Rüstungskonzernen über Tochterfirmen im Ausland zulassen wie im Fall des Düsseldorfer Unternehmens Rheinmetall, das über Italien und Südafrika Profite mit dem Krieg im Jemen macht. Die Bundesregierung könnte noch in dieser Woche entsprechende Schlupflöcher für die Rüstungsindustrie schließen durch eine einfache Ergänzung von Paragraph 49 der Außenwirtschaftsverordnung.“

https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/grosse-koalition-nicht-zu-dauerhafter-wende-bei-ruestungsexporten-bereit/

Angriffskrieg gegen Jemen entschieden und effizient entgegenwirken

Berlin. „Die Bundesregierung ist für das Leid von elf Millionen hungernden Kindern und Jugendlichen im Jemen mitverantwortlich, solange sie nicht entschieden und effizient gegen den Angriffskrieg Saudi-Arabiens vorgeht“, sagte Heike Hänsel, die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Bundestag, zu den jüngsten Warnungen des UN-Kinderhilfswerk Unicef. Die Außenpolitikerin weiter:
„Es ist angesichts des Leids von Millionen Kindern, aber auch erwachsenen Zivilisten, ein Skandal, dass die Bundesregierung die Umgehung des ohnehin zeitlich begrenzten Waffenexportstopps stillschweigend akzeptiert. Die Bundesregierung steht in der Pflicht, den menschenverachtenden Geschäften, etwa von der deutschen Rüstungsschmiede Rheinmetall, jetzt durch gesetzliche Regelungen ein Riegel vorzuschieben und einen unbegrenzten Rüstungsexportstopp durchzusetzen.
Um weiteres Leid zu verhindern, müssen Deutschland und die EU die humanitäre Hilfe für die Menschen im Jemen von deutscher und europäischer Seite umgehend massiv aufstocken. Der für Kriegsverbrechen im Jemen mitverantwortliche saudische Kronprinz Mohammed bin Salman und seine Vertrauten müssen umgehend zur Verantwortung gezogen werden.“

https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/angriffskrieg-gegen-jemen-entschieden-und-effizient-entgegenwirken/

INF-Atomwaffen-Vertrag: Protest vor den Botschaften Russlands und der USA

Stuttgart. Mit nachgebauten Atomwaffen haben Friedensorganisationen vor der Gefahr eines neuen atomaren Wettrüstens zwischen den USA und Russland gewarnt. Sie führten vor den Botschaften der beiden Länder in Berlin ein Straßentheater auf und forderten ein Festhalten am INF-Vertrag zur Kontrolle nuklearer Mittelstreckensysteme. Unter anderem haben als Donald Trump und Wladmir Putin verkleidete Personen über rote Telefone miteinander telefoniert und später Atombomben zersägt. Felix Werdermann aus dem Vorstand von ICAN Deutschland (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, Friedensnobelpreisträger 2017) sagt: „Wenn Donald Trump den INF-Vertrag aufkündigt, droht ein unkontrolliertes atomares Wettrüsten zwischen den USA und Russland. Insbesondere die Menschen in Deutschland und Europa werden damit der Gefahr eines Atomkriegs ausgesetzt. Die Bundesregierung muss jetzt zwischen den USA und Russland vermitteln, um einen neuen Rüstungswettlauf zu verhindern. Wir fordern die Regierung auf, Deutschland atomwaffenfrei zu machen und dafür zu sorgen, dass die US-Atombomben aus Büchel in Rheinland-Pfalz abgezogen werden.“ …

https://www.dfg-vk.de/unsere-themen/waffen-und-ruestung/inf-atomwaffen-vertrag-protest-vor-den-botschaften-russlands-und-der-usa

Keine städtischen Räume für die AfD!

Jörg Detjen, Köln
Fotos Berthold Broniz, Köln

Seit dem Bundesparteitag der AfD 2017 in Köln bekommt die AfD von privaten Besitzern keine Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen mehr, daher drängt sie in städtische Häuser. Mit einer privaten Veranstaltung ist ihr das im städtischen Bürgerhaus Stollwerck im Herbst letzten Jahren bereits gelungen.

Andere Kommunen haben städtische Regelungen, die das erschweren. Die Stadt Köln hat dazu keine Bestimmungen. Insbesondere die Kölner Bürgerzentren, die „Kölner Elf“, fordern von der Kölner Politik:

„Wir fordern Sie als politische Verantwortungsträger dazu auf, die Nutzungsüberlassung aller Bürgerzentren so zu gestalten, dass diese sich gegen antidemokratisches, fremdenfeindliches, völkisches, nationalistisches, antifeministisches und antisemitisches Gedankengut in ihren Räumen schützen können.“

Nach zähen Verhandlungen einigten sich die Kölner Ratsparteien auf einen gemeinsamen Antrag, den der Rat dann gegen die Stimmen der extrem rechten Kräfte auf seiner Sitzung am 18. Dezember beschloss. Dort heißt es:

„Der Rat der Stadt Köln begrüßt und unterstützt die Aussage der Verwaltung (2484/2017, Sitzung im Kunst- und Kulturausschuss vom 17.4.2018) und fordert sie auf, diese umzusetzen: ‚Alle städtischen Einrichtungen, nicht nur kulturelle, die Räume an Dritte zur Nutzung überlassen, sind aus Gründen der Gleichbehandlung und Transparenz gehalten, Kriterien für die Vergabe zu entwickeln. Solche Kriterien können zum Beispiel vorsehen, dass Räume nicht an Veranstaltende überlassen werden, die rassistische, pornographische oder jugendgefährdende Inhalte verbreiten‘.

Die Verwaltung wird deshalb gebeten, einen Leitfaden zu erstellen, der die Anregungen der Info- und Bildungsstellen gegen Rechtsextremismus in bereits ausgearbeiteten Broschüren wie ‚Keine Räume für Nazis‘ aufgreift und sich an einem Leitfaden, wie ihn etwa die Stadt München (Anmietung durch Rechtsextreme – Schutz für Kommunen und Vermieter) ausgearbeitet hat, orientiert. Verwaltung und Öffentlichkeit sollen sensibilisiert werden und es sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie Räume nur für solche Veranstaltungen vergeben werden, die den demokratischen Prinzipien nicht entgegenstehen.“

Der Fraktionsvorsitzende der Linke erklärte in der Ratsdebatte:

„Wie können die Demokraten diese extrem rechte Strategie durchkreuzen? Die Kölner Stadtverwaltung ist eine exekutive Gewalt. Sie muss mit ihren demokratischen Mitteln agieren und abwägen: Was ist das höhere Gut, der Schutz von Menschenrechten von Kölnerinnen und Kölnern oder das Recht auf Versammlungsfreiheit von extrem rechten Veranstaltern? Die Verwaltung muss Stellung beziehen.

Wenn sie dieses Problem aussitzt, verliert sie ihre Glaubwürdigkeit und lässt es dahingehen.“

Parallel zu dieser Debatte und dem Beschluss im Kölner Rat hatte die AfD einen repräsentativen Raum der Kölner Volkshochschule, der im Völkerkundemuseum Rautenstrauch-Joest-Museum gelegen ist, für den 20. Dezember anmieten können. Der Verdruss der städtischen Mitarbeiter war groß und die Empörung in der Stadtgesellschaft ebenfalls.

Das Bündnis Köln stellt sich quer organisierte eine Protestkundgebung vor dem Museum mit zahlreichen Sprecherinnen und Sprechern, u.a. dem Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates der Stadt und der Gewerkschaft Verdi. Der Journalist Martin Stankowski setzte sich inhaltlich mit der Kölner AfD auseinander und entlarvte das Thema der Veranstaltung, einem sogenannten „Bürgerdialog“. Zwei Jazz-Musiker spielten auf und eine Sambagruppe machte Stimmung.

Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung waren auch nicht untätig geblieben, hat-

Büdingen will Stadthalle nicht mehr für Parteien öffnen.

Rosemarie Steffens, Langen. Die Stadt Büdingen (Hessen) plant, ihre Veranstaltungshalle künftig generell nicht mehr an Parteien zu vermieten, um insbesondere Veranstaltungen der NPD zu verhindern. „Der Ruf Büdingens leidet", sagte Bürgermeister Erich Spamer (Freie Wähler). Nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung plant der Magistrat einen Entwurf für die dafür nötige Satzungsänderung vorlegen. Dieser werde derzeit rechtlich geprüft. In der Vergangenheit hatte die NPD mehrfach Veranstaltungen in Büdingen abhalten wollen, zuletzt im November zu ihrem Bundesparteitag. Das Verwaltungsgericht Gießen hatte zuvor entschieden, dass die NPD einen Anspruch auf die Anmietung der Halle habe und unter anderem auf das Gleichbehandlungsgebot verwiesen. Büdingen gilt als eine Hochburg der NPD in Hessen. Bei der Kommunalwahl 2016 kam sie auf 10,2 Prozent der Stimmen. (Oberhessische Zeitung Dez. 2018)

ten eine Antisemitismus-Ausstellung im Eingangsbereich aufgebaut und eine sehr ansprechende Lichtinstallation: „Köln ist bunt und nicht braun".

Ein weiteres Bündnis „Köln gegen Rechts" verfolgte eine andere Strategie. Es mobilisierte ca. 200 Personen in den Veranstaltungsraum. Die Kölner Polizei hatte zuvor darauf bestanden, dass bei einer öffentlichen Veranstaltung auch „jeder Bürger" die Veranstaltung besuchen könne. Da die AfD gerade mal 30 Personen mobilisiert hatte, waren die Mehrheitsverhältnisse eindeutig.

Statt die Sache locker angehen zu lassen und die eigene „Mehrheit" gerade nicht auszunutzen, versuchten einige Teilnehmer, die „formale Autorität des Veranstalters" außer Kraft zu setzen. Die Polizei schritt ein und damit war die eigentliche Protestaktion in einen Tumult übergegangen. Ein Polizist rutschte aus und verletzte sich, bei über 50 Personen wurden die Personalien festgestellt.

Eigentlich ein Lehrbeispiel, wie man es nicht machen sollte. Ein hoher Preis wurde dafür gezahlt und die AfD mutierte sich zum Märtyrer.

Das andere Bündnis „Köln stellt sich quer" und auch der Autor halten derartige Strategien für höchst fragwürdig, die in der Regel immer scheitern werden und an die Saalschlachten zwischen KPD und NSDAP Anfang der 30er Jahre erinnern. □

DOK: Kommunale Politik

Ulli Jäckel, Hamburg

THEMA: Demokratie gegen Rechtsextremismus

Berichtsbitte der Linksfraktion zeigt: AfD-„Meldeportale" gegen Lehrkräfte sind illegal: Bremen. Der Landesvorstand der Bremer AfD hat angekündigt, ein sogenanntes „Meldeportal" für Lehrkräfte einzurichten. Betroffen könnten Lehrer*innen sein, die beispielsweise im Unterricht die engen Verbindungen und personellen Überschneidungen der Bremer AfD und der völkisch-neonazistischen Gruppierung „Identitäre Bewegung" thematisieren. Eine Stellungnahme für den heutigen Wissenschaftsausschuss zu einer Berichtsbitte der Linksfraktion legt dar, dass die Übermittlung von politischen Informationen über Lehrkräfte „in jedem Fall" gegen den Schutz besonderer personenbezogener Daten gemäß Artikel 9 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verstößt und somit illegal ist. Miriam Strunge, datenschutzpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke kommentiert: „Die AfD will mit diesem Denuziationsportal Lehrkräfte daran hindern, kritisch über die AfD zu berichten. Im Sinne einer demokratischen Erziehung von Schülerinnen und Schülern müssen rassistische und menschenfeindliche Äußerungen der AfD von Lehrkräften aber kritisch eingeordnet und kontextualisiert werden können. In Schulen muss es möglich sein, über Fakenews, Propaganda und Hetze zu diskutieren. Dass man dabei ganz schnell bei der AfD landet, ist das Problem der Politik dieser Partei und nicht das Problem der Lehrer*innen." Strunge weiter: „Keine Lehrkraft muss sich den Aufruf zur digitalen Spitzelei und Datensammlung durch die AfD gefallen lassen. Die Stellungnahme der Landesdatenschutzbeauftragten macht deutlich, dass die Erhebung, Speicherung und Weiterverarbeitung sämtlicher gemeldeter Daten in Bezug auf unterrichtendes Personal durch Dritte rechtswidrig sind. Potentiell betroffene Lehrkräfte sollten sich deshalb unbedingt gegen die AfD wehren: Mit der Datenschutzgrundverordnung steht ein ganzes Bündel an Möglichkeiten zur Verfügung. Nicht zuletzt sind für solche Verstöße gegen die DSGVO auch hohe Zwangsgelder vorgesehen. Sollte ein solches Portal wirklich in Bremen eingerichtet werden, erwarte ich von der Bildungssenatorin und der Landesdatenschutzbeauftragten, dass sie rechtlich dagegen vorgehen und auf die Schließung des Portals hinwirken. Lehrkräfte müssen hier vor der AfD geschützt werden."
Die Stellungnahme der Landesdatenschutzbeauftragten zur Berichtsbitte der Abgeordneten Strunge für die heutige Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit findet sich hier:
https://sd.bremische-buergerschaft.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZfDYVASfKwxTmFx0P6oJ_0ajLmK136sgfrREnzNr-0bJ/Beschlussvorlage_VL-740-2018.pdf, http://www.dielinke-bremen.de

Erklärung von Gabriele Giesecke, Fraktionsvorsitzender Die Linke Essen zur Amokfahrt von Bottrop und Essen: Essen. „Ich bin erschüttert über die Amokfahrt, bei der ausländische Menschen das Ziel waren. Egal, ob es sich bei dem Täter um einen psychisch Kranken handelte, ob er Mitglied einer rechtsextremen Organisation war oder nicht: Die brutale Tat geschah vor dem Hintergrund zunehmender rassistischer Hetze gegen zugewanderte Menschen. Der Täter wollte nach eigener Aussage Menschen mit Migrationshintergrund töten. Insofern war es eine politische Tat, die in keiner Weise relativiert werden darf – schon gar nicht vom Bundesinnenminister. Das Mitgefühl der Ratsfraktion Die Linke Essen gilt den Opfern. Wir wünschen ihnen schnelle Genesung. Wir als Linke werden nicht nachlassen, uns für eine demokratische Gesellschaft einzusetzen, die die Rechte aller respektiert und ihre Sicherheit garantiert. Die Tat muss umfassend aufgeklärt werden und jeder Hetze gegen Migranten muss endlich konsequent entgegen getreten werden."
https://www.linksfraktion-essen.de/nc/detail/news/erklaerung-von-gabriele-giesecke-fraktionsvorsitzende-die-linke-zur-amokfahrt-von-bottrop-und-essen/-

Der extrem rechten „Identitären Bewegung" entgegenstellen: Die Linke Bonn unterstützt den Aufruf und die Demo von „Bonn stellt sich quer". Wenn Nazis, wenn Rassisten sich in Bonn treffen oder aufmarschieren, ist offener Widerspruch, ist Gegenwehr angesagt. Wir wollen es nicht zulassen, dass Hass geschürt, dass anders als die Mehrheit Lebende ausgegrenzt und hierhin geflüchtete Menschen und andere Migrant*innen bedroht und angegriffen werden. Am 18. November will die extrem rechte „Identitäre Bewegung" Stimmung gegen den UN-Migrationspakt machen und hat sich als Kulisse für ihre Kundgebung den Platz der Vereinten Nationen unmittelbar am UN-Campus ausgedacht. Dazu rufen sie bundesweit auf. Bonnerinnen und Bonner haben immer wieder zahlreich gezeigt: Nazis und Rassisten, ob aus Bonn oder anderswo, sind hier unerwünscht! Ganz gleich, in welchem Gewand sie daherkommen, als offene Nazis, als „Pro"-vokateure einer vorgeblichen Bürgerbewegung oder als eine sogenannte patriotische Jugendbewegung mit intellektuellen

Anspruch – es geht immer um dasselbe: Hass schüren und hetzen, Rassismus.Die „Identitäre Bewegung“ (IB) hat sich seit 2014 auch in Deutschland – in anderen europäischen Ländern schon früher – als fester Bestandteil der neuen Rechten etabliert. Sie fällt vor allem durch kleinere, jedoch öffentlichkeitswirksame und medial gut aufbereitete Aktionen auf, so zum Beispiel die Besetzung des Brandenburger Tors im August 2016. Ideologisch vertritt die IB einen Rassismus, der auf dem sog. „großen Austausch“, der vermeintlichen Verdrängung weißer Europäer durch Migrant*innen aus dem arabischen oder afrikanischen Raum, begründet ist. In Bonn ist die IB zuletzt durch Aktionen ihrer #120db Kampagne aufgefallen, in der, mit dem ausschließlichen Bezug auf migrantische Sexualstraftäter, Rassismus als vermeintlich feministische Kampagne verkauft wird. So wird einmal mehr die Ablehnung aller Flüchtlinge gefördert und dies mit der Idee verbunden, durch sie würde das patriotische, freiheitliche und heimatliebende Wertegerüst zerstört.
https://www.dielinke-bonn.de

Gemeinsamer Resolutionsantrag von SPD, CDU, Grünen, ML, Linke, und FDP am 18.12.18 verabschiedet: Kein Platz für die antisemitische Boycott, Divestment and Sanctions (BDS)-Bewegung in Mannheim!
„Oberbürgermeister und Gemeinderat der Stadt Mannheim verurteilen die antisemitische und antiisraelische BDS-Kampagne und die Aufforderung zum Boykott von israelischen Künstlern, Wissenschaftlern, Waren und Unternehmen aufs schärfste. Sie erinnert an den Aufruf der Nationalsozialisten „Kauft nicht bei Juden“ und somit an die dunkelsten Stunden der deutschen Geschichte. Die BDS-Kampagne verstößt außerdem gegen den Geist und Buchstaben der „Mannheimer Erklärung für ein Zusammenleben in Vielfalt“. Sie verpflichtet die Stadt Mannheim in der Pflicht, Aufrufen „zu Hass, Gewalt und Ausgrenzung“ entgegenzutreten. Jegliche Form von Antisemitismus wird in Mannheim nicht geduldet. Oberbürgermeister und Gemeinderat der Stadt Mannheim begrüßen und unterstützen daher den von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen eingebrachten Beschluss des Deutschen Bundestages vom 17. Januar 2018, „der weltweiten Bewegung „Boycott, Divestment, Sanctions“ entschlossen entgegenzutreten“. Dem Wortlaut des Bundestagsbeschlusses folgend bekennt sich die Stadt Mannheim zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels gelten für uns voraussetzungslos. Sie ruft alle Mannheimer Bürgerinnen und Bürger, Konfessionen, Vereine, Vereinigungen und alle anderen öffentlichen Akteure in unserer Stadt auf, sich dieser Haltung anzuschließen. Die Stadt Mannheim bekennt sich zu der tief empfundenen Freundschaft zu Israel und setzt sich auch weiterhin für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes ein.“

Für Die Linke gab Stadtrat Thomas Trüper folgende Erklärung zu Protokoll:
„Die Linke bringt diese Erklärung gegen die antisemitische BDS-Bewegung wie ersichtlich mit ein. Den außerordentlich schwierigen Friedensprozess mit einer rassistischen Boykottkampagne zu unterminieren, ist zu absolut verwerflich. Der Friedensprozess hat jedoch viele politische Gegner, auch bei Politiker*innen im Staate Israel selbst. In Verantwortung für den Frieden und für ein sicheres Leben aller Menschen in Israel und in der Region kritisieren wir alle Maßnahmen, die geeignet sind, den Friedensprozess zu stören – von welcher Seite auch immer. Außerdem verwahren wir uns gegen Versuche, jegliche Kritik an der aktuellen Politik der israelischen Regierung als ‚antisemitisch‘ zu diskreditieren. Wir wissen uns hierbei einig mit über 30 israelischen Wissenschaftler*innen, die am 20. November in einer gemeinsamen Erklärung der EU-Ratspräsidentschaft volle Unterstützung im Kampf gegen Antisemitismus zusicherten, aber warnten: ‚Europa sagen wir: Vermischt Kritik an Israel nicht mit Antisemitismus.‘“
Die Resolution wurde vom Gemeinderat gegen die Stimme des NPD-Vertreters Hehl und unter Enthaltung des Stadtrats Ferrat mit großer Mehrheit angenommen.
https://www.dielinke-ma.de

Fraktion der AfD im Bezirkstag von Schwaben im Visier des Verfassungsschutzes: Augsburg. Eine Anfrage der Grünen im bayerischen Landtag hat ergeben, dass mehrere bayerische Politiker der AfD vom Verfassungsschutz beobachtet werden, darunter der schwäbische Bezirksrat Thomas Wagenseil. Als besorgniserregend bezeichnet dies Linken-Bezirksrat Frederik Hintermayr: „Jetzt ist es also offiziell – Die AfD im schwäbischem Bezirkstag ist im Visier des Verfassungsschutzes. Ausgerechnet im Bezirkstag, dem Sozialparlament Schwabens, sind wir mit mindestens einem rechtsextremen Feind der Verfassung konfrontiert.“ Hintermayr weiter: „Das Innenministerium bestätigt, was längst klar war: Die AfD ist ein Sammelbecken für Rassisten, Nationalisten und Rechtsextreme. Jetzt ist es höchste Zeit, dass wir als Bezirkstag von Schwaben, aber auch als Gesellschaft ein deutliches Zeichen setzen!“ !“ Anmerkung: Bezirksrat Frederik Hintermayr wurden noch vor wenigen Tagen rechtliche Schritte seitens des AfD-Fraktionsvorsitzenden angedroht, nachdem er in einer Pressemitteilung kommentierte, dass „ (...) Rechtsextreme im Bezirkstag vertreten sind“. Hintermayr weigerte sich, die besagte Äußerung innerhalb einer gesetzten Frist zu entfernen. Er erklärt: „Ich danke dem Innenministerium für die deutliche Klarstellung, jetzt haben wir es immerhin schriftlich.“
https://augsburg.die-linke-bayern.de

2000 demonstrieren gegen rechte Brandanschläge: Frankfurt a. M. In Frankfurt demonstrierten am 22. 12. 2018 rund 2000 Menschen gegen Brandanschläge auf linke Wohnprojekte und Zentren in der Region Rhein-Main. Das aufrufende Bündnis aus Betroffenen und Unterstützer*innen bezieht damit Position gegen rechte Hetze und Gewalt und für eine offene und solidarische Gesellschaft. Timo Brym, Sprecher des Bündnis Frankfurt Nazifrei, zum Anliegen der Demonstration: „Wir gehen heute auf die Straße, weil die Brandserie an linken Projekten bisher in der Öffentlichkeit kaum Beachtung gefunden hat. Wir wollen nicht zulassen, dass rechte Gewalt als unpolitisch oder Einzelfälle abgetan wird. Dass sich rechte Brandstifter*innen berufen fühlen ihren Gewaltfantasien Taten folgen zu lassen, ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines anhaltenden gesellschaftlichen Rechtsrucks.“ Die Demonstration zog vom Frankfurter Zoo zum Walther-von-Cronberg-Platz, wo sich das Büro der Frankfurter AfD befindet. Unterwegs passierten die Demonstrierenden das 1. Polizeirevier, das linke Zentrum Klapperfeld, die Zentrale der CDU, und das Museum Judengasse. Am 1. Revier der Frankfurter Polizei wurden symbolisch Streichhölzer niedergelegt, um auf die kürzlich bekannt gewordenen rechten Netzwerke in der hessischen Polizei und in der Bundeswehr hinzuweisen.
http://www.frankfurter-info.org/news/2000-demonstrieren-gegen-rechte-brandanschlaege

So funktioniert die Provokationsspirale der AfD: Berlin. Geradezu exemplarisch konnte auf der Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Oktober beobachtet werden, welche Strategie die Ein-Thema-Partei AfD wiederholt nutzt, um ihr Anliegen Fremdenfeindlichkeit ins Gespräch zu bringen. Das einfache Rezept geht so: 1. Man nehme ein Thema, bei dem sich die meisten demokratischen und vernünftigen Menschen einig sind. 2. Dann spiele man Betroffenheit und wünsche

vorgeblich Verbesserungen. 3. Wenn alle zuhören, dann zeige man mit ausgestrecktem Finger auf die vermeintlich Schuldigen und das eigentliche Ziel der Debatte: Nichtdeutsche, Ausländer, Muslime. Dann fällt es leicht, sich auf einen angeblichen demokratischen Konsens zu berufen, bringt Fremdenfeindlichkeit geschickt unter und streut, mit etwas Glück, noch Streit. Aufmerksamkeit ist gewiss. Welche Positionen die AfD dabei tatsächlich vertritt, spielt keine Rolle. Genau diese Strategie verfolgte die AfD auf der Sondersitzung der BVV, die nötig geworden war, weil zuvor zu viele Tagesordnungspunkte vertagt werden mussten. Dass die Tagesordnung nicht abgearbeitet werden kann, passiert indes immer öfter, weil die AfD die Geschäftsordnung nutzt, um die Sitzungen unnötig in die Länge zu ziehen. Mit einer Großen Anfrage wollte die AfD nun etwas über antisemitische Vorfälle in Treptow-Köpenick wissen. Dass Antisemitismus bei allen anderen Parteien in der BVV ein nicht tolerier- und hinnehmbares Phänomen ist, dessen konnte sie sich sicher sein (1). Offensichtlich auch, was dann folgte: Die AfD zeigte angebliche Solidarität mit den Opfern (2) und zeigte mit dem Finger auf die vermeintlich Schuldigen. Klar – angebliche nichtdeutsche Muslime (3). Das gleiche einstudierte Rezept probt die AfD auf allen Ebenen der Politik, von der BVV bis zum Bundestag. Nur die Zutaten variieren gelegentlich. Mal geht es vorgeblich um homosexuelle Menschen, dann um Juden, die Rechte von Frauen oder gar die Demokratie an sich, während die angeblichen Gefährder für die AfD immer die Gleichen bleiben.

Der Vorsitzende des Integrationsausschusses, Christian Kerntopf (Die Linke), erwidert der AfD: „2017 gab es in Berlin 231 antisemitische Vorfälle, von denen 202 von Rechten verübt wurden. Sie suggerieren, Antisemitismus sei ein Problem mit Zuwanderern. Das ist faktisch falsch. Jüdinnen und Juden brauchen unsere Unterstützung und Solidarität, unabhängig von der vermeintlichen Herkunft der Täter. Es geht ihnen hier nicht darum, Antisemitismus zu thematisieren, sondern darum, ihre Haltung zu Musliminnen und Muslimen in die Öffentlichkeit zu bringen. Das ist im Kern eine rassistische Argumentation. Wenn es ihnen um Antisemitismus ginge, müssten sie ihren Vorsitzenden Alexander Gauland ausschließen, der die Shoah, den Nationalsozialismus, die schlimmsten antisemitischen Verbrechen der Geschichte als Vogelschiss bezeichnet hat. Es ist offensichtlich, dass es der AfD nur um Propaganda gegen Musliminnen und Muslime geht und dagegen stellen wir uns“.

https://www.dielinke-treptow-koepenick.de

Die IG Metall in einer ungewissen Zeit

Bruno Rocker, Berlin

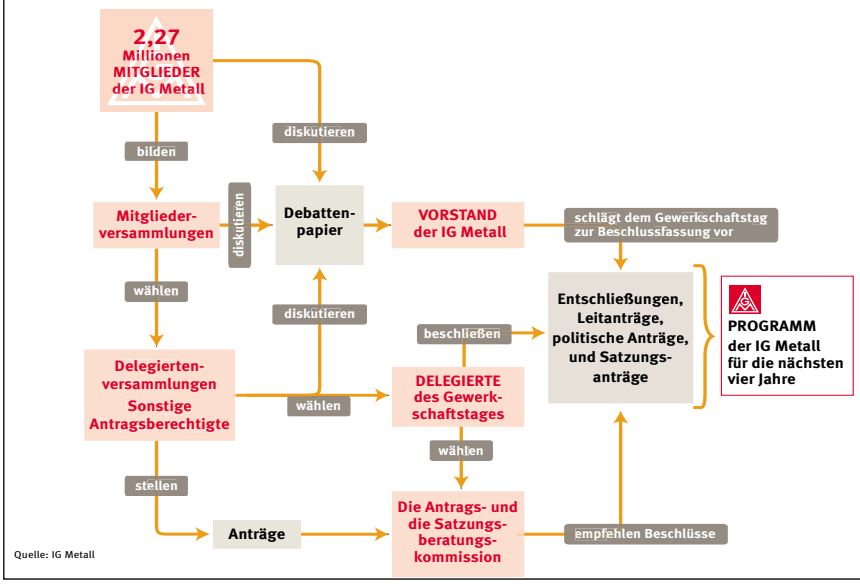
Hass- und Gewalttiraden in den sogenannten sozialen Medien erreichen die reale Welt auf der Straße, sie wirken jedoch weniger in die Betriebe hinein. Das System von Tarifautonomie und Betriebsverfassung enthält offenbar wirksame Hemmschwellen, die dies verhindern. Das Ergebnis der Betriebsratswahlen in 2018 bundesweit bestätigt die weitgehende Isolation rechtsextremer und gewaltbereiter Kräfte in den Betrieben.

Davon profitiert in gewisser Weise auch die aktuelle Vorbereitung auf den Gewerkschaftstag im Oktober 2019 in Nürnberg. Die IG Metall wird dort programmatische Leitlinien für die nächsten vier Jahre diskutieren und beschließen. Der Vorstand hat ein Debattenpapier erarbeitet und in der Ausgabe „Januar-Februar 2019“ der Mitglieder-Zeitung veröffentlicht. Natürlich geht es zunächst um die vielfältigen Triebkräfte der aktuellen Transformation – die Digitalisierung von Produkten und Prozessen sowie die fortschreitende Globalisierung und die Dekarbonisierung der Industrie mit den entsprechenden Veränderungsprozessen in der Arbeitswelt. Es geht jedoch auch um Grundsätze.

Wir dokumentieren im Folgenden einige wesentliche Positionierungen aus dem Debattenpapier. Die Zwischenüberschriften haben wir eingefügt. Das Papier als Ganzes ist aus dem Download-Bereich der Website der IG Metall herunterladbar.

https://www.igmetall.de/metallzeitung_01_02_2019_81a61eb343cc436c45ffcb8c1d39bac8d8e50c24.pdf

Diskussionsprozess zum Gewerkschaftstag 2019



Selbstbewusstsein: Und wir werden weiter streiten für faire Entgelte, gute und zukunftsfähige Jobs, einen fairen und gut regulierten Weltmarkt, für ein solidarisches und soziales Europa, eine starke und nachhaltige Industrie, für selbstbestimmte Arbeitszeiten und eine humane Arbeitswelt für alle Beschäftigten, auch für diejenigen, die am Rande der Stammbelegschaft arbeiten, befristet als Leiharbeiter oder als Beschäftigte aus Werksvertragsunternehmen.

Soziale Sicherung: Soziale Sicherheit ist der Nährboden für Kooperation und friedliches Zusammenleben. Angst, Neid und Not hingegen bedrohen eine zivilisierte Gesellschaft und treiben die Menschen aus- und gegeneinander. Unser Sozialstaat muss den Menschen das Gefühl vermitteln, im Alter bei Krankheit und Arbeitslosigkeit zuverlässig abgesichert zu sein und er muss sie begleiten bei den Umstellungen, die in Zukunft von ihnen verlangt werden.

International. Der Kampf um eine wirklich demokratische und gerechte Wirtschaftsordnung, diese historische Mission der Arbeiterbewegung, ist unvollendet. Wir führen ihn heute in einer Welt global vernetzter Wertschöpfung und Handelsströme im Zeitalter eines neuen Technologiesprungs und einer ökologischen Bedrohung unserer Lebensgrundlagen. Das macht es nicht einfacher. Aber es macht es umso wichtiger und lohnenswerter, dranzubleiben. Denn die Gefahr eines weltweiten Rückfalls in aggressiven Nationalismus und autoritäre Gesellschaftsmodelle ist real.

Als Gewerkschaft: Wir können den Welthandel fair regeln mit einem Wettbewerb, der keine Regionen zerstört, der keine Dumpingwettläufe um niedrige Löhne und schlechten Verbraucherschutz kennt. Wir können unsere Industrien mit all unserem Wissen und unse-

ren Innovationen sauber und nachhaltig machen. Wir können unseren Sozialstaat sicher machen und fest an der Würde der Menschen ausrichten. Wir können die Werte unserer Volkswirtschaften auch in der Transformation gerecht und fair verteilen über Tarifsysteme, Steuersysteme, soziale Sicherungssysteme und öffentliche Güter. Dafür brauchen wir den Mut und die Kraft unserer Mitglieder. (...)

Die IG Metall setzt sich für eine wirksame transnationale Gewerkschaftspolitik ein, sie fordert eine starke, eine solidarische Europäische Union. Wir müssen mit unseren Kolleginnen und Kollegen an einem Strang ziehen, für einen offenen und fairen Wettbewerb, für Frieden und internationale Verständigung.

Tarifbindung: Wir stellen uns gegen die Forderungen der Arbeitgeber nach Öffnungsklauseln gegen modulare Tarifverträge nach dem „Wünsch dir was Prinzip“ gegen eine weitere Verbetrieblichung der Tarifpolitik. Wir brauchen das Gegenteil, wir brauchen eine Stärkung der Tarifbindung für mehr Erwerbstätige! Denn nur über Tarifverträge können Beschäftigte einen fairen Anteil an der Wertschöpfung und einen angemessenen Einfluss auf ihr Arbeitsleben gewinnen.

Weiterbildung: Und wir fordern massiver Investitionen in Personal und Ausstattung von Berufs und Hochschulen. Wir verlangen eine öffentliche Infrastruktur mit Berufs und Hochschulen als regionale Weiterbildungszentren. Arbeitsmarktpolitik muss berufliche Neuorientierung in der Berufstätigkeit ermöglichten, nicht erst im Fall von Arbeitslosigkeit.

Arbeitszeit: Mit der verkürzten Vollzeit und der Wahloption auf tarifliche Freistellungszeit hat unser Tarifabschluss endlich flexible Arbeitszeiten im Interesse der Beschäftigten geschaffen. Auch wenn die Arbeitgeberseite murrt und bremst: Wir müssen und werden diese Optionen weiterentwickeln. □

Niedriglohnsektor in Europa: Uneinheitliche Entwicklung

Rolf Gehring, Brüssel

Tarifvertragliche Bindung und gewerkschaftliche Organisationsgrade sind in vielen Ländern unter Druck und rückläufig. Auf der anderen Seite haben Gewerkschaften, z. B. Verdi im Logistikbereich oder die IG Bau im Reinigungssektor, Organisationserfolge und sind hier und da auch in Bereichen streikfähig, denen man das bis dato nicht zugetraut hätte. Gleichzeitig finden sich aber auch übelste Ausbeutungsformen, die auf (in der Gesellschaft teils akzeptierten) Geschäftsmodellen wie Scheinselbständigkeit, betrügerischer Entsendung, Briefkastenfirmen oder direkter Sklaverei (in Teilen der englischen Bauwirtschaft) beruhen. Die folgenden Meldungen zeigen einige Aktionen und Entwicklungen aus den letzten Monaten. Es ist keine umfangreichere Übersicht, aber die Uneinheitlichkeit der Verläufe springt doch ins Auge. Dänemark mit einem Tarifvertragsprojekt für die Plattformökonomie (PB 11/2018, S. 17) oder England mit einem wachsenden Herr von Armen in Arbeit oder auch die widersprüchlichen Gerichtsentscheidungen zum Arbeitnehmerstatus bei Deliveroo zeigen dies.

Deutschland: Bis zu 17,1 Prozent mehr Entgelt in der Geldtransportbranche

Der Tarifkonflikt in der Geld- und Wert-Branche ist beendet, die Warnstreiks sind beendet. Verdi hat sich in der fünften Verhandlungsrunde mit den Arbeitgebern auf ein Ergebnis geeinigt, das deutliche Entgelterhöhungen für die rund 11 000 Beschäftigten der Branche bringt. Der Tarifvertrag, der eine Laufzeit von zwei Jahren hat, sieht eine Anhebung der Entgelte in zwei Stufen zwischen 7,7 und 17,1 Prozent vor. „Das ist ein hervorragendes Ergebnis. Die hohe Beteiligung der Beschäftigten an den Warnstreiks zum Jahresauftakt hat dies möglich gemacht“, sagte Verdi-Verhandlungsführer Arno Peukes. Das Tarifergebnis sei zudem ein weiterer wichtiger Schritt hin zur Angleichung der Entgelte zwischen den Bundesländern. Das Tarifergebnis steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Tarifvertragsparteien, Erklärungsfrist bis zum 24. Januar 2019.
https://www.verdi.de/

Estland: unbezahlte Überstunden

Laut einer kürzlich in Tallin veröffentlichen Studie, die auf Befragungen von mehr als 4 000 Beschäftigten beruht, macht etwa jeder fünfte Arbeitnehmer in Estland Überstunden. 21 Prozent der Beschäftigten erhalten keine zusätzliche Vergütung für Überstunden, und nur 24 Prozent der Arbeitnehmer werden für ihre Überstunden korrekt vergütet, im Jahr vorher waren dies noch 26 Prozent. Überproportional verbreitet sind Überstunden bei Führungskräften; mehr als die Hälfte (56 Prozent) gaben an, dass sie in letzter Zeit oft Überstunden gemacht haben. Die Studie vermutet hier einen direkten Zusammenhang mit der Beschäftigtenzufriedenheit. Bis zu zwei Drittel der Befragten sind mit der Qualität der Führung nicht zufrieden. Überstunden sind besonders in der Bauwirtschaft, dem Transportgewerbe, der Logistik und den IT-Sektoren verbreitet. Die geringsten Überstunden wurden im Bereich Unterstützung und Finanzen gemacht.
Quelle: https://m.baltictimes.com/article/jcms/id/142552/

Portugiesische Reinigungskräfte im Streik

Im November 2018 haben portugiesische Reinigungskräfte der Gewerkschaft STAD in Portugal Arbeitskampfmaßnahmen eingeleitet und durchgeführt. Reinigungskräfte in Portugal sind seit 14 Jahren ohne Tarifvertrag. Konkrete Forderungen sind unter anderem eine Prämie von 30 bis 50 Prozent für Nachtarbeit, Urlaubsgeld, eine Sonntagsprämie und Beschäftigungssicherheiten bei Betriebsübergängen. Gewerkschaftsvertreter aus ganz Europa unterstützen die portugiesischen Reinigungskräfte in ihrem Kampf um Tarifverträge und angemessene Löhne.
Quelle: https://www.uniglobalunion.org/news/solidarity-stad-and-portuguese-cleaners-strike

Rumänien: Lohnstreik bei der U-Bahn

Ende November hatten die U-Bahn-Beschäftigten in der rumänischen Hauptstadt einen zweistündigen Streik durchgeführt, um ihre Lohnforderungen durchzusetzen ... Die Gewerkschaft fordert eine Lohnerhöhung von 42 %, das Management hatte bis dahin 18 % angeboten. Der Verkehrsminister sprach von einer Erpressung. Aktuell erhalten die U-Bahn-Beschäftigten einen durchschnittlichen Monatslohn von 7 300 Lei (1 558 Euro), und damit deutlich mehr als im nationalen Durchschnitt.
Quelle: https://o.canada.com/pmn/business-pmn/subway-workers-stage-strike-over-wages-in-romanian-capital/wcm/1be31cd6-9f11-4d5e-b339-b1da61af3ba6

Deliveroo-Fahrer vom spanischen Gericht als Arbeitnehmer anerkannt

Deliveroo-Fahrer sollten künftig als Beschäftigte und nicht als Selbständige behandelt werden, entschied ein spanisches Gericht, das den ersten europäischen Präzedenzfall für die Rechte der Angestellten der Food Courier Group befasste. Der valencianische Lieferer Victor Sanchez hatte gegen die Kündigung durch Deliveroo geklagt. Laut Gerichtsurteil hätte Deliveroo hätte ihn als einen Angestellten und nicht als selbständigen Auftragnehmer behandeln sollen. Das Unternehmen gab bekannt, dass es auf seine Beschwerde verzichtet.

Quelle: https://www.thenational.ae/world/europe/deliveroo-rider-recognised-as-employee-by-spanish-court-1.789583

Großbritannien: Gericht verweigert Deliveroo-Fahrern Recht auf Tarifverhandlungen

Den Fahrern von Deliveroo wurde das Recht auf Tarifverhandlungen verweigert, so das oberste Gericht in London im jüngsten Rechtsstreit, der die Gig-Economy betraf.

Die Unabhängige Arbeitergewerkschaft Großbritanniens (IWGB – Independent Workers Union of Great Britain) versuchte, eine Entscheidung aufzuheben, in der festgestellt wurde, dass die Fahrer des Unternehmens kein Recht auf Kollektivverhandlungen haben, weil sie „selbständig" sind. Die Gewerkschaft zielt darauf, Deliveroo-Fahrer vertreten zu können, um mit dem Unternehmen über Fragen der Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Im vergangenen November lehnte das Central Arbitration Committee (CAC) den Antrag des IWGB auf Vertretung von Fahrern im Norden Londons ab, da die Fahrer eine Stelle an einen Stellvertreter übergeben konnten, was bedeutet, dass sie nicht verpflichtet waren, einen „persönlichen Dienst" zu erbringen und nicht als „Arbeiter" eingestuft werden konnten. Bei einer Anhörung hat das Gericht nach Ansicht des Anwalts der Gewerkschaft den Begriff des Arbeitnehmers falsch ausgelegt. Er sagte, die Fahrer wollten, dass ihre Gewerkschaft mit Deliveroo kollektiv insbesondere über Bezahlung, Arbeitstage und Feiertage verhandelt. Das Gericht interpretierte die Stellung als Form der Selbständigkeit, da sie Aufträge weitergeben könnten. Sie seien auch nicht in ihrem Recht beschnitten, einer Gewerkschaft beizutreten.

Quelle: https://www.ft.com/content/51fb5da8-f879-11e8-af46-2022a0b02a6c

Schwedischer Gewerkschaftsverband startet Aktionen gegen wachsende Ungleichheit

Der Dachverband der schwedischen Gewerkschaften (LO, Landsorganisationen) hat ein Programm zur Umverteilung von Wohlstand aufgelegt. Schweden war lange Zeit eines der fünf egalitärsten Länder der Welt, ist jedoch in den letzten zehn Jahren auf Platz 10 dieser Rangliste gerutscht. Die Kampagne hat zum Ziel, Schweden in Bezug auf die Gleichstellung wieder an die Spitze zu bringen. Dies soll durch eine veränderte Besteuerung von Kapitaleinkommen erreicht werden. Elemente des Steuersystems, die eine Umverteilung auf Kosten der Lohnempfänger bewirken, sollen korrigiert werden. Zweitens sollten die Unterschiede in Bezug auf Wohlstand und Dienstleistungen zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten des Landes ausgeglichen werden. Drittens sollten die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung novelliert werden, um Arbeitnehmern bei Arbeitslosigkeit und Krankheit 80 Prozent der aktuellen Löhne zu sichern. Viertens soll das Rentensystem reformiert werden. Zielsetzung: mindestens 70 Prozent des vorherigen Entgeltes als Rente. Fünftens sollte das System der Sozialhilfe für Menschen in sozialen Notlagen verbessert werden.

Quelle: http://www.lo.se/start/nyheter/lo_presenterar_program_for_ekonomisk_omfordelning

UK: wachsende Armut

Die Zahl der Arbeiter, die in die Armut leben, steigt schneller als die Beschäftigung, sagt die Joseph Rowntree Foundation (JRF), eine englische Wohltätigkeitsorganisation. Im Vereinigten Königreich sei im 21. Jahrhundert mit dem Eintritt in die Arbeitswelt immer weniger das Erreichen einer halbwegs guten Lebenssituation verbunden. Laut JRF leben mehr als 14 Millionen Menschen in Armut oder etwa jeder fünfte Einwohner des Vereinigten Königreichs. Davon sind 8,2 Millionen Erwachsene im erwerbsfähigen Alter, 4,1 Millionen Kinder und 1,9 Millionen Rentner. Acht Millionen Menschen leben in Armut in Familien, in denen mindestens eine Person arbeitet. Dies entspricht etwa einem Achtel der Gesamtbeschäftigten. Grund hierfür seien schwache Lohnzuwächse, einer Erosion der Sozialhilfe und steigende Lebenshaltungskosten. Es bleibe immer weniger Geld für Lebensmittel, Kleidung und Unterkünfte.

Als direkte Folge sind in den letzten fünf Jahren eine halbe Million mehr Kinder in Armut geraten und erreichten im vergangenen Jahr 4,1 Millionen, so ein Bericht der Wohltätigkeitsorganisation. Das bedeutet, dass in einem typischen Klassenzimmer mit 30 Kindern neun aus einem Haushalt in Armut kommen würden.

Quelle: https://www.theguardian.com/business/2018/dec/04/four-million-british-workers-live-in-poverty-charity-says

DOK Blick in die Presse

THEMA: Niedriglohnsektor

Rosemarie Steffens, Langen

Niedriglohnsektor in Ostdeutschland deutlich größer. Der Anteil der Niedriglohnempfänger hat sich in den letzten zwei Jahren leicht verringert, trotzdem beträgt der Anteil in Deutschland ca. 20 Prozent der Arbeitnehmer. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen arbeiten 36 Prozent der Erwerbstätigen im Niedriglohnsektor. Im Klartext heißt das ein Stundenlohn von etwa 10 Euro. Deutlich weniger Arbeitnehmer seien gewerkschaftlich organisiert. I. Dingeldey vom Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen: „Die Tarifbindung ist in Ostdeutschland wesentlich geringer als in Westdeutschland."

(MDR aktuell Radio, 8.12.18)

Zwangstarife sind überflüssig, höhere Löhne kommen fast von selbst, Fachkräfte aber nicht! Die Bundesagentur für Arbeit (BA) meldet für Dezember 2018 rund 24 000 offene Stellen in der Altenpflege und stellt in allen Bundesländern einen gravierenden Fachkräftemangel dort fest. ... „Diese Zahlen machen deutlich, dass trotz rasant steigender Beschäftigungs- und Ausbildungszahlen in der Altenpflege, der Arbeitsmarkt hier schon längst zu einem Arbeitnehmermarkt geworden ist. D.h. nach den Gesetzen der Sozialen Marktwirtschaft, Bewerberinnen und Bewerber bestimmen für eine Stelle die Konditionen, denn sie können zwischen zahlreichen Angeboten auswählen. ... Das macht auch der kräftige Anstieg der Löhne in der Altenpflege deutlich. Die Löhne sind von 2016 auf 17 nicht nur stärker als die Löhne in der Gesamtwirtschaft gestiegen, sondern sie stiegen auch stärker als es die Tariflohnerhöhung für die Beschäftigten in der Altenpflege vorsah. Der Fachkräftemangel ist also bei den Löhnen angekommen und dieser Trend wird noch einige Jahre anhalten", so der Präsident des bpa-Arbeitgeberverbands R. Brüderle.

9.1.19. Pressemitteilung BPA- (Bundesverband privater Anbieter soziale Dienste)

Lohnerhöhungen im Gebäudereiniger-Handwerk. (Bonn) – Seit 1.1.19 tritt eine weitere Lohnerhöhung für die Beschäftigten des Gebäudereiniger-Handwerks in Kraft. Der tarifliche Mindestlohn beträgt jetzt 10,56 Euro im Westen und 10,05 Euro im Osten statt bislang 10,30 Euro bzw. 9,55 Euro. Damit liegen die tariflichen Mindestlöhne hier deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn von aktuell 9,19 Euro.

(Innung des Gebäudereiniger-Handwerks.)

Was bürgerschaftliches Engagement vermag

Ulrike Küstler, Stuttgart

Am 4. Dezember 2018 öffnete in Stuttgart das Hotel Silber als Ort historisch-politischer Bildung zum ersten Mal seine Türen. Seit 2008 kämpfte eine Bürgerinitiative gegen den Abriss der ehemaligen Gestapozentrale und für ein NS-Dokumentationszentrum. Hier gibt es heute eine Dauerausstellung, finden Veranstaltungen statt und Workshops für Schulen.

Was macht diesen Geschichtsort besonders?

Zum Ersten: es ist ein Täter-Ort. Gedenkstätten dienen meist der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus. Auch in diesem Haus wird die Geschichte vieler Opfer des Nationalsozialismus gezeigt. Aber hier stehen das Wirken der Polizei und die Verbrechen der Gestapo im Zentrum. In der Stuttgarter Bevölkerung ist das Hotel Silber vor allem der Ort des organisierten Nazi-Terrors mitten in der Stadt im Bewusstsein.

Die zweite Besonderheit: Das Gebäude war seit der Weimarer Republik, im Dritten Reich und nach dem Krieg bis 1987 Sitz der Polizei. So können hier die Kontinuitäten und Brüche der Polizeiarbeit gezeigt werden. Fragen, die sich aufdrängen, sind: Warum funktionierte der Übergang von der Weimarer Republik in die NS-Herrschaft scheinbar reibungslos? Welche Rolle spielten Gestapo-Leute im Zweiten Weltkrieg in den besetzten Ländern und welche Verantwortung hatten sie bei den Massenmorden? Welche Opfergruppen wurden auch nach 1945 in diesem Haus von der Polizei verfolgt?

Die dritte Besonderheit ist der rechtliche Rahmen. Dass Bürgerinitiativen erfolgreich für eine Gedenkstätte kämpften, das gab es an verschiedenen Orten. Aber dann hat meist eine städtische oder staatliche Institution allein die Regie übernommen, und die Bürgerinnen und Bürger waren über bald außen vor. Das Hotel Silber dürfte der einzige Fall sein, in dem durch Verträge die weitere Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger im Betrieb des Hauses geregelt ist.

2016 wurden zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart ein Finanzierungs- und Organisationsvertrag geschlossen, den auch die Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber unterzeichnet hat. Hier sind die finanziellen Bedingungen geregelt, wobei die Landesstiftung Baden-Württemberg als Eigentümerin des Hauses den Umbau übernommen hat. Stadt und Land tragen die Kosten für die Einrichtung, Ausstattung sowie die laufenden Personalkosten, Betriebs- und Sachkosten je zur Hälfte. Die Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e.V. ist im Verwaltungsrat und im Programmbeirat vertreten. Außerdem tagt jährlich ein runder Tisch, zu dem auch die Opferverbände (Israelitische Gemeinde, Sinti und Roma, Homosexuelle, DGB), die Landesjugendverbände, Mitglieder des Landtags und Stadtrats und die Landeszentrale für politische Bildung ihren Sitz haben.

2016 wurde auch eine Bürgerbeteiligungs- und Nutzungsvereinbarung zwischen der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber geschlossen. In der Präambel heißt es: „Ziel dieser Einrichtung ist es, diesen Ort des Terrors in einen Ort des Bekenntnisses zu demokratischen Grundrechten und zu gelebter Akzeptanz menschlicher Vielfalt zu wandeln." Neben dem gemeinsam erarbeiteten Programm können das Haus der Geschichte (das die Trägerschaft hat) und die Initiative eigenverantwortete Veranstaltungen und Projekte durchführen. Die Initiative kann Räume belegen und bekommt einen eigenen kleinen Arbeitsraum im Haus.

Dieser rechtliche Rahmen ermöglicht die vierte Besonderheit: Das Programm des Hauses konzentriert sich nicht nur auf die Vermittlung historischen Wissens. Das Haus wird gemeinsam bespielt vom Haus der Geschichte und der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e.V. und öffnet sich so der städtischen Zivilgesellschaft. Das Programm hat einen starken Gegenwartsbezug. Das Veranstaltungsprogramm greift aktuelle politische Diskussionen auf oder stößt solche an.

Wie konnte das erreicht werden?

2007 begann Planung für das heutige Dorotheen-Quartier. Plan der Landesregierung war, das ganze Areal um das bisherige Innenministerium inklusive des ehemaligen Hotels Silber abzureißen und gemeinsam mit der Firma Breuninger (größter Einzelhändler der Region im Familienbesitz) auf 50 000 m² einen riesigen Neubau mit 5-Sterne-Hotel, Luxusgeschäften und Luxuswohnungen sowie Büros für Ministerien errichten. Von dem „Leuchtturmprojekt" sollte die ganze Stadt profitieren. Da war Widerspruch unerwünscht. Aber sofort nach Bekanntwerden der Pläne gab es den ersten Widerstand von den Stolperstein-Initiativen, die in Stuttgart rund 800 Stolpersteine verlegt haben, und den AnStiftern, die jährlich den Stuttgarter Friedenspreis stiften und politische Kultur organisieren.

Es wurde gedroht: Im Juli 2008 behauptete der Vertreter des Landes im Technischen Ausschuss des Stadtrats, der Entwurf für so ein neues Viertel „macht nur Sinn, wenn das Hotel Silber weg ist". Dem OB Schuster gelang es, die bürgerlich dominierte Mehrheit im Stadtrat für das „Leuchtturmprojekt" zu gewinnen. Es sei die einmalige Chance, die Innenstadt zu erneuern. Nur um die enorme Baumasse des Projekts wurde ausgiebig gestritten.

Es wurde getrickst: Der OB und die Kulturbürgermeisterin behaupteten, das heutige Hotel Silber sei nicht „authentisch", es sei ein Nachkriegsneubau. Nicht das Haus müsse man retten, sondern das Gedenken an diesen Ort, zum Beispiel durch eine Erinnerungstafel oder ein Kunstwerk.

Dem widersprachen die Initativen. Aber die Bauunterlagen für das Hotel Silber waren beim Baurechtsamt oder im Archiv nicht zu finden. Der OB und die Kulturbürgermeisterin ließen sich von einem Denkmalschutz-Mitarbeiter bestätigen, es seien auch im Keller keine Spuren der Gestapo-Zeit finden. Daraus destillierten die Grünen und die SPD ihre Rechtfertigungsformel: Erforderlich sei ein „angemessenes Gedenken". Dieses entwickelte sich im Lauf der Jahre ein bisschen weiter zu einer Gedenkstätte im Keller des Neubaus mit Zugang aus dem Neubau.

2010 legte der Architekt Prof. Ostertag seine „Recherchen zur Geschichte des Hotel Silber ab 1945" vor. Er wies nach, dass das Hotel Silber kein Neubau war, sondern schon 1945 wieder von der Polizei genutzt und 1947 bis 1949 wieder aufgebaut und saniert wurde.

Der Vorschlag einer Gedenkstätte im Keller entpuppte sich später auch als Täuschungsversuch von Land und OB. Bei Beginn der Planung der Gedenkstätte wurde klar, dass gerade der Keller am stärksten durch das Innenministerium umgestaltet wurde. Von den Verwahrzellen war oberflächlich nichts mehr zu sehen.

Die Initiative stellte sich breit auf

2008 entstand aus den Stolpersteinen und den Anstiftern die Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber. Sie war von Anfang an breit aufgestellt als Bündnis von erst zwölf, später 23 eigenständigen Initiativen und Vereinen sowie Einzelmitgliedern. Mit dieser Konstruktion war schon eine Politik der Vernetzung angelegt. In den ganzen zehn Jahren arbeitete die Initiative nicht allein. Sie beteiligte sich an Demonstrationen und Veranstaltungen anderer, baute Kontakte auf und lud Referenten anderer Ge-

denkstätten ein, bot ihren Mitgliedern und Interessierten Besichtigungsreisen an zum gegenseitigen Lernen.

Seit 2009 organisierte die Initiative jedes Jahr eine Veranstaltungsreihe. Hier wurden auch immer aktuelle Themen aufgegriffen. Nach anfänglicher Skepsis berichtete die örtliche Presse über alle Aktionen in der Stadt. Auch regional und überregional wurde berichtet. „Die Zeit" zum Beispiel kritisierte den geplanten Abriss: „Stuttgart erblindet". Hunderte Leute beteiligten sich an den Aktionen.

Die Forderung Erhaltung des Hotels Silber wurde ins Rathaus getragen

Im Mai 2009 im Mai stellte die Linke-Einzelstadträtin Ulrike Küstler den Antrag: „Das ‚Hotel Silber' erhalten und ausbauen als NS-Dokumentationszentrum." Im Stadtrat erntete sie damit höchstens mitleidiges Lächeln. 2009, nach der Kommunalwahl, bildete sich die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke, die jetzt auch in den Ausschüssen mitarbeiten konnte. 2010 veranstaltete SÖS-Linke ein Hearing im Rathaus. Prof. Ostertag stellte die Baugeschichte des Hotels Silber dar. Prof. Jung vom ELDE-Haus in Köln nannte den geplanten Abriss eine „Kulturschande". Briefe von noch lebenden Zeitzeugen wurden vorgelesen, die vom OB und vom Land die Erhaltung des Hotels Silber forderten. Zwei Nachfahren von Naziopfern forderten dasselbe. Die Initiative stellte ihre Konzeption vor.

Als der OB dann im Sommer auch ein Hearing im Rathaus machte, wurde die Authentizität des Hauses bestätigt, und die hochkarätigen Referenten sprachen sich teils direkt für die Erhaltung des Gebäudes aus.

Die Zusammenarbeit der Initiative mit SÖS-Linke war und ist nicht exklusiv

Bis heute geht die Initiative auf die verantwortlichen Politiker aller Fraktionen im Stadtrat und Landtag zu und sucht das Gespräch auch mit denen, die andere Auffassungen haben. Es gelang, dass Grüne, SPD und SÖS-Linke neben gegensätzlichen Forderungen auch gemeinsame in den Stadthaushalt brachten, die dann mehrfach auch von den bürgerlichen Parteien unterstützt wurden. So förderte die Stadt ein Projekt des Stadtjugendrings und der Stolpersteine, die Filmserie „Frage-Zeichen – Jugendliche im Gespräch mit Zeitzeug*innen des Nationalsozialismus". Der Stadt übernimmt die Personalkosten einer Stelle für politisch-historische Jugendarbeit, um demokratiefeindlichen, menschenrechtsfeindlichen und rassistischen Entwicklungen entgegenzutreten. Der Stadtrat unterstützte die Forderung der Initiative, dass der Eintritt in die Dauerausstellung kostenlos ist, fürs Erste bis 2020. – Im Wahlkampf für die Landtagswahl im Frühjahr 2013 gab es vorsichtige Annäherung der SPD, die unter bestimmten Bedingungen doch das Haus erhalten wollte. Die Jusos sprachen sich sowieso dafür aus, ebenso die grüne Jugend. Im Rathaus gab es ein informelles Frauenbündnis mit Stadträtinnen von Linke, SPD und Grünen. Eine grüne Kreismitgliederversammlung beschloss gegen den Vorstand und die Fraktion, dass das Hotel Silber nicht abgerissen werden darf.

Als nach der Landtagswahl 2013 eine grün-rote Landesregierung zustande kam, stieg die Hoffnung auf die Erhaltung der ehemaligen Gestapo-Zentrale. Es sickerte bald durch, dass der neue Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) das Hotel Silber in den Koalitionsvertrag aufnehmen wolle. Daraus wurde zwar eine Protokollnotiz, aber sie wurde umgesetzt.

Das Land und die Firma Breuninger wollten den Neubau im Jahr 2013 fertig stellen. Stattdessen wurde am 18. Juli 2013 vom Gemeinderat erst der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan verabschiedet. Dieser enthielt das Baurecht für das Land und die Firma Breuninger. Das Hotel Silber war in diesem Projekt ausgespart – es soll erhalten bleiben. Jetzt ging es darum, was in dem Gebäude passieren soll.

Die Initiative wollte ein Experiment ohne Vorbild

Im Hotel Silber sollte nicht nur ein staatliches Museum mit Veranstaltungsräumen entstehen. Die Initiative wollte ein Haus, das sich für die Zivilgesellschaft öffnet. Deshalb wollte sie in der neuen Einrichtung gleichberechtigt mitarbeiten. Auch die Stadt Stuttgart sollte mit ins Boot geholt werden. Über diesen Ansatz wurde öffentlich und in Gremien zwei Jahre hart gestritten. Dabei prallten zwei Systeme aufeinander: hier die Ministerialbeamten und der Leiter des Hauses der Geschichte, die ursprünglich den Abriss guthießen, und da die Initiative, die sich nicht darauf einlassen wollte, wie „es schon immer war". Diese Phase endete 2016 mit den Verträgen, und es begann die Umbauzeit und die Gestaltung des Hauses.

Die Initiative arbeitete nun mit an der Konzeption der Dauerausstellung und der Veranstaltungsplanung. Sie arbeitete im Programmbeirat des Hotels Silber. Sie führte ihre eigenen Veranstaltungen weiter, in Zukunft im Hotel Silber.

Aufregende inhaltliche Kontroversen um die Darstellung vor allem der Weimarer Zeit und der Nachkriegszeit wurden ausgefochten.

Es ist besiegelt: Das Hotel Silber wird zum Lern- und Gedenkort – strahlende Gesichter vor der Vertragsunterzeichnung • Nils Schmid, damals Finanzminister, Jürgen Walter, Wissenschaftsministerium, sowie Harald Stingele und Elke Banabak für die Initiative unterschreiben • Die Ausstellung zeigt die einzige erhaltene Tür aus den Verhörzellen der Gestapo.

Gelungene Eröffnung

Zur Eröffnung im Dezember 2018 gab es drei Veranstaltungen: Die Stadt Stuttgart hat eine Gruppe von Überlebenden eingeladen, nach Stuttgart zu kommen. Für sie und für Kinder und Enkel von Überlebenden sowie die Leihgeber gab es eine Danke-Veranstaltung. Ehrenamtliche, die aktiv für die Erhaltung des Hotel Silber gearbeitet haben, bekamen eine Preview der Ausstellung. Bei der offiziellen Eröffnung sprachen der Leiter des Hauses der Geschichte, die Vertreter der Ministerien und der OB Fritz Kuhn. Der Vorsitzende der Initiative Harald Stingele hielt ebenfalls eine Rede.

In der ersten Woche kamen ca. 4000 Besucherinnen. In den Wochen seither kamen jeweils bis zu tausend. Für Januar sind auch drei Seminare für Schülerinnen und Schüler gebucht. Ein guter Anfang für das Experiment. □

DOK Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten

Redaktionsnotizen • Zusammenfassung: Rosemarie Steffens, Langen, Hessen

AfD Adé! Gegen den Bundesparteitag der AfD in Riesa/ Sachsen am 12.1.19 mobilisiert die Initiative AfD Adé! Erik Richter von der Initiative sagt: „Mit unserer Demonstration wollen wir Widerspruch erheben und ein deutliches Zeichen für Solidarität statt Ausgrenzung und Hetze setzen. Die AfD steht wie keine andere Partei für die Zerstörung des demokratischen Konsenses und von Menschlichkeit." Uta Knebel, Stadträtin der Linken in Riesa ergänzt: „In Riesa haben wir jahrelange Erfahrung mit rechter Hetze. Die NPD hat hier seit 2000 ihren Verlag Deutsche Stimme und hat versucht, die Stadtgesellschaft zu beeinflussen. Wir haben uns in den vergangenen Jahren immer wieder gegen rechtes Gedankengut positioniert ... Ein Höhepunkt war die Umbenennung der Straße, in der der NPD-Verlag sitzt, in Geschwister-Scholl-Straße." Juliane Nagel, Landtagsabgeordnete der Linken: „Die Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag in Riesa sind der erste wichtige Akt im Superwahljahr 2019. ... Wir werden deren reaktionäre Gesellschaftsvorstellung keinen Fußbreit lassen und positionieren uns auch gegen eine mögliche schwarz-blaue Regierungskoalition in Sachsen."
(Pressemitteilung AfD Adé!)

NPD will ihren Sitz im Europaparlament verteidigen, den Udo Voigt (fraktionslos) bislang besetzt. Ob ihr das gelingen wird, ist fraglich, denn bei den hessischen Landtagswahlen z.B. erlitt sie einen Stimmenverlust 1,9 Prozentpunkten (von 2,1 %, 2013, auf 0,2 %). Die NPD tritt an unter dem alten Slogan „Festung Europa – Schutzzone Deutschland" und wieder mit Voigt auf Platz 1 der Liste. Perspektivisch gibt sie ihre Kandidaturen zu Landtagen auf und will nur noch kommunal antreten. Ihre Schwerpunkte bilden Rechtsrock-Konzerte.

Evangelische Kirche lehnt Innenministerbeschluss zum Kirchenasyl ab. Auf ihrer Synode im November hat die Evangelische Kirche in Deutschland eine Neuregelung der Innenministerkonferenz vom August 2018 als „rechtswidrig" eingestuft: Flüchtlinge, die das Kirchenasyl auf Anweisung nicht verlassen, gelten seit August als „flüchtig". Das führt dazu, dass eine Abschiebung in ein europäisches Land gemäß Dublin-Verordnung nicht mehr sechs, sondern 18 Monate lang möglich ist. Um sie zu verhindern, muss das Kirchenasyl nun ebenso lange dauern. Das Ziel derer, die Kirchenasyl in Anspruch nehmen, ist, dass Deutschland das Asylverfahren übernimmt. Etwa 550 Fälle von Kirchenasyl mit mindestens 880 Personen sind der Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche derzeit bekannt. Kirchenasyl ist in keinem Gesetz verankert, es ist christliche Tradition, die der Staat toleriert. Seit Beginn der Erfassung 2016 war die Zahl der Kirchenasyle stetig angestiegen, im zweiten Halbjahr 2018 sinkt sie nun erstmals. Im gesamten Jahr 2018 hat das Bamf in 13 Prozent der Kirchenasyle einen humanitären Härtefall anerkannt. (27.12.18 SZ)

Laut AfD liegen Geringverdiener den Leistungsträgern auf der Tasche. Während sich die AfD sonst immer gerne als Anwalt der Familien darstellt stimmt sie gegen den Linken Vorschlag zur „Einführung eines Kinderweihnachtsgeldes", von dem die oberen 25 Prozent der Einkommensskala ausgenommen wären, aber auch Kinder von Geflüchteten profitieren würden. Die AfD-Redner Albrecht Glaser und Martin Sichert stellen sich – völlig klassenbewusst – an die Seite dieser 25 Prozent Gutverdiener, denn für Glaser sind sie es, die „diesen Staat in hohem Maße finanzieren" (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 71. Sitzung, S. 8238) und für Sichert stellt der Antrag gleich eine Umverteilung „von arbeitender Bevölkerung an jene, die nicht arbeiten dar." (Ebd., S. 8245) Durchschnitts- oder Geringverdienende liegen nach Ansicht der AfD also den ‚Leistungsträgern' auf der Tasche, denn der Antrag „kommt die fleißigen Familien teuer zu stehen." (Ebd.) Verachtung für ärmere Menschen und Hetze gegen Geflüchtete, denn gleich danach heißt es: „Auf der anderen Seite: Eine frisch eingereiste Asylbewerberfamilie mit 23 Kindern, vier Müttern und einem Vater, die bekommt 2 413,50 Euro extra durch Sie." (Ebd.)
(Wiegel, Die AfD im Bundestag 12.-14.12.18)

Landtagsabgeordnete können bei Hetze der Sitzung verwiesen werden. Der Einzug der AfD in den nächsten hessischen Landtag sorgt schon im Vorfeld für gravierende Änderungen im Landesparlament. Einstimmig haben die Abgeordneten Anfang Dezember die Geschäftsordnung des Landtags geändert und die Möglichkeit geschaffen, Hetze und verletzende Zwischenrufe schneller und schärfer zu ahnden. In Zukunft können Parlamentarier nach groben Verfehlungen von der Sitzung ausgeschlossen werden, ohne dass sie zuvor zur Ordnung gerufen wurden. Der Präsident darf Parlamentarier bei beleidigender Äußerung für die nächste Sitzung sperren.
(Hessenschau 11.12.18)

„Wir starten nicht von Null!"

Aus dem „Maschinenraum Europas"

Eva Detscher, Karlsruhe

„Hier sind politische Akteure unterwegs, die ein anderes Europa und die EU umbauen wollen. Und sie haben einen Plan." Das schreibt Harald Pätzolt als Fazit einer Notiz über einen Auftritt des polnischen Botschafters in Deutschland auf einer Veranstaltung der Katholischen Akademie Berlin an 12.11.2018. Gemeint sind die Rechten, die mit ihren Parteien in einigen Ländern der EU Regierungen bilden, in der Regel angetreten sind mit lauter und vernichtender Kritik an der bestehenden EU. Die AfD, angetreten mit „Raus aus dem Euro", springt derzeit auf diesen Zug auf: „Wir wollen die EU an Haupt und Gliedern reformieren, und wenn wir über einen sehr langen Zeitraum (Hervorhebung durch E.D.) feststellen, das geht immer weiter in die Richtung Vereinigter Staaten von Europa, dann wäre irgendwann der Punkt, wo man auch sagt, wir ziehen jetzt die Reißleine. Aber der Dexit ist nicht unser eigentliches Ziel, sondern er ist die Ultima Ratio für den Fall, dass alles andere nicht funktionierte," so Meuthen im DLF-Interview am 11.1.2019.

Dies ist die Ausgangslage für die Perspektiven, denen sich die neuen Europa-Parlamentarier nach den Wahlen am 26. Mai gegenübersehen werden. Die Rechten arbeiten an einem Plan der Okkupierung der EU für ihre völkischen und nationalistischen Ziele, und wenn der Rest nicht aufpasst, kann es heiter werden.

Es ist nützlich, die zu fragen, die seit Jahren auf der europäischen Ebene arbeiten, sei es als Abgeordnete, sei es als Mitarbeiter oder Berater. Diese Menschen haben es jeden Tag mit den konkreten Fragen und Auseinandersetzungen zu tun, über die seit über 50 Jahren ein europäischer Lebens-, Arbeits- und Rechtsraum entwickelt wird. Thilo Janssen ist Mitarbeiter der Linken-EP-Abgeordneten Gabi Zimmer, Henrik Andersen Mitarbeiter bei der Enhedslisten, dänische Linkspartei. Im Folgenden ein Bericht über ihren Beitrag auf einem dreitägigen Seminar im Juni 2018 in Wien, welches von transform!Europa gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter dem Titel „Das Lachen der Medusa: Die Linke in Europa" [*] organisiert wurde.

„Für einen sozialen Konsens (innerhalb der (zukünftigen) GUE/NGL und darüber hinaus)"

„Wir sind mit Inhalten konfrontiert, nicht damit, wie die Linke zusammenkommen kann. Wir brauchen Ergebnisse, wir sehen uns als Arbeiter im Maschinenraum und möchten mit dem Vortrag über uns reflektieren." Mit dieser Einlassung wiesen die beiden Referenten auf die Ausgangsannahmen hin: eine Einigung der linken Parteien in Europa VOR den Wahlen wird nicht eintreten. Es geht ihnen um die Frage, was passiert, wenn die Wahlen erfolgt sind. Wie wird die Sitzverteilung sein? Wird es noch eine GUE/NGL geben oder eher weitere Zersplitterung der linken Kräfte? Dann muss entschieden werden, wie im Parlament gearbeitet wird und zwar im täglichen Ablauf. Welche Punkte sehen die Mitarbeiter auf „unterer Ebene", die in vielen Aufgaben zusammenarbeiten müssen? Thilo und Hendrik stellten fünf Punkte vor, die sie als gemeinsame Leitplanken aus der Vergangenheit und als mögliche Orientierung für eine breite Allianz bei der parlamentarischen Zusammenarbeit ausmachen:

1. Wirtschaftliche Divergenz und Prekarität
2. Klimawandel
3. Digitalisierung
4. Migration
5. Demographie

Diese fünf Punkte wurden von den Referenten skizziert und auch benannt, gegen welche Bestimmungen in den EU-Verträgen man sich positionieren muss, um auf gesellschaftlichen Konsens in Richtung sozialer Sicherheit hinzuarbeiten: Die Regelungen Markt- und Steuergesetze in den Verträgen sehen die Referenten als Schnittstellen und Ansatzpunkte. Nichtbindende Grundsätze (EU-Pillar of Social Rights) könnten keine Abhilfe schaffen und keinen sozialen Fortschritt einleiten.

Vier Aufgabenfelder für konkrete Ansätze einer Zusammenarbeit im zukünftigen EU-Parlament

Richtung auf soziale Sicherheit

Ein Arbeitsprogramm könnte folgende Punkte umfassen:

1. Binnenmarktregeln überarbeiten: Öffentliche Daseinsvorsorge von den Wettbewerbsregeln ausnehmen und die Gleichbehandlung von Commons etc. Non-Profit muss geschützt werden. Vereinbarungen für Regionen, die stärker benachteiligt sind, seien nötig.
2. EU-Haushaltsregeln: Sozialausgaben ausnehmen.
3. Öffentliche Investitionen: Demokratische Prioritäten für Sozialinvestitionen.
4. Steuergerechtigkeit: Progressive Steuern, wo Gewinne erzielt werden. Gewinn dort versteuern, wo er entsteht.
5. Ökosozialer Übergang: Schutz der natürlichen Ressourcen, des Klimas und der Menschen.
6. Sozialprotokoll im Anhang zu den Verträgen: Vorrang von sozialen Rechten, Streikrecht, Grundrechte.
7. Soziale Mindeststandards: Aufwärtskonvergenz für die Sozialversicherung als ein Werkzeug, z.B. mit dem Instrument der Richtlinien.
8. Finanzielle Solidarität: Unterstützung weniger entwickelter Länder und Regionen
9. Kollektive soziale Rechte: Verteidigung von Kollektivmaßnahmen und Streikrecht
10. Regulierung der Arbeit (der Arbeitsmärkte): Mindestlöhne – Arbeitszeit – neue Formen der Arbeit.

Blick auf die EU Sozialpolitik Agenda 2018

Thilo und Hendrik wiesen darauf hin, dass große Aufgaben und viel Arbeit in 2018 auf der Tagesordnung der EU stehen (bzw. gestanden sind), die Ansatzpunkte bieten und Fortschritte bzw. Aufgabenfelder markieren und mit denen die Abgeordneten und die Mitarbeiter tagtäglich beschäftigt sind: z.B. Entsenderichtlinie, Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Einrichtung einer Arbeitsmarktbehörde, Richtlinie über die Arbeitsbedingungen, Angleichung und Koordination der Sozialversicherungsvorschriften, EU-Haushalt (2021 – 2027). Bei der Befassung mit diesen Aufgaben geht es viel darum, Lücken zwischen den verschiedenen Regionen zu schließen. Viele Abgeordnete in der GUE/NGL-Gruppe wollen in diesen Fragen zu Ergebnissen zu kommen, keiner ist eine Insel, jeder zählt. Ein großes Aufgabengebiet für alle Delegationen in der GUW/NGL, egal ob Kommunisten oder Sozialisten) sei die Abstimmung mit den Gewerkschaften.

Perspektive

Das klingt alles nach viel Arbeit und Mühe, was nicht jedem gefällt, der sich in Kritik an der EU übt. Mit den „nächsten Schritten", die den Vortrag abschlossen, haben die Referenten einen anschlussfähigen Blick nach vorne gerichtet:

„Einigung über den sozialen Konsens; Hegemonie gewinnen; Macht übernehmen; neuen EU-Verträgen zustimmen ... für diejenigen, die beitreten wollen; Sozialismus"

Das Worst-Case-Szenario, das die Referenten sich ausmalten, besteht darin, dass zwei kleine linke Gruppen, statt einer größeren im neuen EU-Parlament sein werden, dass es weniger Mitglieder dieser Gruppe im EU-Parlament werden könnten und dass die extreme Rechte die wichtigste Opposition im EP würde.

Schlussbemerkung:

Auf dem Seminar in Wien mit Anwesenden aus über 20 Ländern Europas hat der Vortrag großen Eindruck gemacht. Die Einzelfragen zu sehen, sich darauf einzulassen, und sich auf allen Ebenen zu organisieren, vom europäischen Raum zurück auf die Gebietsebenen und zurück in den europäischen Raum zu denken – das war der Punkt, der begriffen werden sollte:
„Wir starten nicht von Null." □

[*] Seit 2014 führt transform!Europe, die anerkannte politische Stiftung der Partei der Europäischen Linken (EL), gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung jährlich ein Strategieseminar durch, das „sich auf die politischen Akteure der radikalen Linken in Europa (konzentriert) und ihre Fähigkeit, programmatische und strategische Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu geben, Alternativen zu entwickeln und Formen der politischen Organisation weiterzuentwickeln."

Website von transform!Europe: **https://www.transform-network.net/de**
Website zum Seminar 2018: **https://www.transform-network.net/en/focus/overview/article/strategic-perspectives-of-the-european-left/the-laugh-of-the-medusa-the-left-in-europe-1/**

Christoph Cornides, Mannheim. Wir veröffentlichen nachfolgend mit freundlicher Genehmigung des Autors, Dr. Harald Pätzolt, aus Platzgründen einen Auszug aus seinem Diskussionsbeitrag „Gibt es eine gemeinsame politische Agenda der Linken für die Wahlen 2019?“ vom Dezember 2018. Der Beitrag wurde aus Anlass der Beratung der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden im Dezember 2018 verfasst.

In Vorbereitung der Europawahlen sowie verschiedener Wahlen in Bundesländern – also eines neuen Wahlzyklus – in diesem Jahr, ist die Problematisierung möglicher Pfadabhängigkeiten in der bisherigen Wahlkampfführung und ihrer Ergebnisse besonders wichtig.

Es stellt sich, vereinfach gesagt, die Frage, ob die bisherige Strategie einfach vollumfänglich richtig war. Wenn nicht, dann wäre gerade jetzt, vor Beginn des neuen Zyklus, die richtige und notwendige Gelegenheit, Korrekturen vorzunehmen, bevor Mängel bisherige Politik sich in den nächsten Zyklus fortsetzen und dann („pfadabhängig“) Fehler und Unzulänglichkeiten kurzfristig erstmal nicht mehr zu korrigieren sind, sondern sich in ihren Folgen im Gegenteil fehlerhaft „aufschaukeln“. Käme man also zu dem Ergebnis, dass Korrekturen anzubringen wären, dann stellt sich die Frage, wie – konkret und praktisch – ein Wechsel (gewissermaßen ein „Pfadwechsel“) überhaupt zu organisieren wäre.

Ein weiterer Hinweis für die Debatte in der Linken, für die Kritik an der SPD und die Befassung mit der eigenen Politik in der Linken ist unbedingt bedenkenswert (auch wenn ihn nicht wenige Mitglieder der Linken ungerne hören werden): Der Hinweis auf die mögliche Nähe von Fehlern der SPD und denen der Linken. Pätzolt schreibt:

„Die SPD hat, wie die Linke auch, bei den letzten Wahlen geradezu monothematisch auf Sozialstaatsthemen gesetzt und Wirtschaft (Wertschöpfung, Globalisierung, Wandel der Arbeitswelt, Digitalisierung usw.) aus ihren Kampagnen verbannt. Damit ist sie grandios gescheitert. Nebenbei und für die Linke nicht unwichtig: der Linken war die SPD thematisch sehr nahe gekommen, gewonnen haben beide damit nicht.“

In seinem Diskussionsbeitrag analysiert Harald Pätzolt im ersten (hier nicht abgedruckten) Teil die Wahlkampfführung der Linken in den letzten Wahlzyklen an Hand der Schwerpunktthemen, der Wahlaussagen und der Hauptslogans. Ergebnisse dabei sind: „Ein Blick zurück zeigt, dass die Linke immer eine gemeinsame Agenda bei den Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen hatte.“ Und: „Kurz zusammengefasst besteht die Agenda der Linken im letzten Wahlzyklus in einem Mix aus Werten und „Brot-und-Butter“-Themen, wobei letztere auch als Sozialstaats-Themen bezeichnet werden können. Wirtschaft wurde selten thematisiert.“

Daran schließt sich die Analyse der Wahlergebnisse für die Linke zwischen 2013 und 2018 in Zahlen und unter Aspekten der Parteienforschung („WählerInnenstimmen“, „parlamentarischer Einfluss“, „Regierungsbeteiligungen“) sowie unter organisationssoziologischer Fragestellung („Rekrutierung von Mitgliedern“, „Effektivität der Zielverfolgung“, „Repräsentation der Mitgliederinteressen“) an.

Darauf aufbauend folgt der hier abgedruckte Abschnitt.

„Gibt es eine gemeinsame politische Agenda der Linken für die Wahlen 2019?“ (Dezember 2018)

Auszug aus: Diskussionspapier
Dr. Harald Pätzold, Dezember 2018

(...) Das ist der Kern unseres Problems, dass auch die Linke nicht in der Lage scheint, die neu entstehenden Interessenlagen zu erkennen und zu bündeln.

Wenn wir uns besinnen, dann ist die Linke seit ihrer Gründung auf dem Pfad, auf dem dann auch verbal und visuell die Bayern und Hessen zuletzt unterwegs waren: Mehr für die Mehrheit. Das ist die politische Genetik der WASG, diese Idee einer sozialstaatlichen Renaissance, das hat Oskar Lafontaine, als Gründungsidee völlig zu Recht, in der Linken hegemonial gemacht. Die PDS war ja programmatisch eher gesellschaftstransformatorisch unterwegs.

1. Der Wahlzyklus, insbesondere Hessen

Zurück zum Wahlzyklus, insbesondere zu Hessen. Von „Normalwahlen“ im Sinne der Wahlforschung können wir in diesem Zyklus kaum mehr reden. Auf Landesebene waren zu den Zeitpunkten der Wahlen die Parteiensysteme entweder bereits instabil oder sie wurden es durch die Wahlen. Mit der Bundestagswahl 2017 wurde dann auch das bundesdeutsche Parteiensystem instabil. Die Frage ist nun die folgende:

Wie ist es zu erklären, dass die Linke von all diesen Turbulenzen, die sich in höchster Volatilität äußern, kaum berührt wurde?

In Hessen ist diese Nichtteilnahme am Spiel der Kräfte schon seit 2008 erkennbar gewesen. Die SPD fällt, die SPD steigt, immer deutlich, ohne dass die Linke davon etwas ab bekommt.

Dabei waren diesmal, das ganze Jahr 2018 hindurch, die Umfragen immer bei 8%, also auf dem Niveau der letzten Bundestagswahl. Es war also durchaus naheliegend, das Wahlziel entsprechend zu bestimmen und, da war wohl eine um 10% geringer zu erwartende Wahlbeteiligung eingepreist, einen „Großteil der 271.158 Wähler_innenstimmen“ der BTW 2017 zu gewinnen, wie es in der Wahlstrategie hieß.

Das ist nun nicht gelungen. Landesweit kam man auf 67% der Stimmen von 2017, in den größeren Städten waren es z.T. unter 60% (Fulda, Hanau), sonst etwa 75%. In knapp der Hälfte der Landkreise verlor man zur letzten Landtagswahl Stimmen und realisierte auch über jene Kreise, in denen man gewann, kaum 2/3 der Stimmen von 2017.

In Krisenzeiten, wie wir sie seit der 2. Hälfte der 2000er Jahre haben, lautet die Frage des Demos an die Parteien nicht: „Wer gibt uns mehr?“, sondern: „Wer führt uns sicher durch die nächsten 20 Jahre?“. Die Antwort der Linken war immer dieselbe: Der Sozialstaat! Mehr für die Mehrheit! Aber das entsprach weder der liberal-kosmopolitischen Fragestellung der modernen urbanen Milieus (Wem gehört die Stadt?) noch der nicht prekär Beschäftigten (It's the economy, stupid!) oder der Erfahrung der (sozial, kulturell, räumlich) Abgehängten (Wir bleiben abgehängt). Meine Antwort auf die Frage, warum die Linke seit Jahren stagniert lautet entsprechend: Weil ihre Wahlkampfauftritte dort, wo sie nicht gut abschnitt, *pfadabhängig* waren. Und weil die Bundespartei eben auf diesem Pfad unterwegs war und ist.

War es eine organisationspolitische Schwäche, diesen Pfad nicht verlassen zu können? Oder war es, weil es keine anderen Optionen gab und man diesen Pfad nur bei Strafe des eigenen Untergangs hätte verlassen können? Das sei dahingestellt. So oder so ist da diese Schwierigkeit, reale Interessen realer Parteimitgliedschaft und Wählerschaft in der Partei zu aggregieren und dann öffentlich, auch werberisch zu repräsentieren. In Folge dessen phantasiert man sich ersatzweise eine fiktive Anhängerschaft, jene ominöse „Mehrheit“, herbei. Die enthebt uns durch einen bekannten Trick der Mühe der Interessenaggregation, der innerparteilichen Willensbildung

und Programmformulierung: Man muss sich dazu diese Mehrheit der Menschen in Deutschland nur als Masse vorstellen. Mit einem einfach zu formulierenden kollektiven Interesse des „Mehr von allem!“.

Dieser Trick ist natürlich klassisch populistisch. Dabei hat das Verfahren konkret zwei eklatante Schwächen: (1) Demokratietheoretisch folgt er nicht der Idee und Praxis der liberalen, sondern der Mehrheitsdemokratie. Das ist angesichts der Angriffe auf die liberale Demokratie in Europa m.E., nun, vorsichtig gesagt, ein Problem. Vielmehr gilt es, die liberale Demokratie gegen alle autoritären Zumutungen, in Deutschland seitens relevanter Kreise der CSU und CDU sowie der AfD, zu verteidigen. Und (2) geht die politische Agenda so nicht auf Qualitäten des Zusammenlebens, der Arbeit, des Verkehrs usw., sondern auf bloße Quantitäten. Das ist, in Zeiten großer Umbrüche, wo die Fragen nach dem Neuen stets eher mit einem „Wie“ verbunden werden (Wie werden wir arbeiten? Wie werden wir künftig mobil sein? Wie wird Energie gewonnen, wie Nahrung, wie wird Frieden zu halten und Hunger zu beseitigen sein?) schlicht fatal. Die Antwort der leibhaftigen Menschen bei den Wahlen fiel entsprechend aus.

Die einfache Frage nach diesem Exkurs ist für mich die folgende:

2. Lassen sich auf diesem sozialstaatlichen Pfad 2019 Wahlerfolge für die Linke erreichen?

Beantwortet man die Frage positiv, dann wäre die politische Agenda der letzten Wahlen fortzuschreiben. Beantwortet man sie negativ, wie sähe dann eine gemeinsame Agenda für 2019 aus?

Da für gewöhnlich derartige Fragen in einem Sowohl-als-auch ihre Antwort finden, will ich nun einige Stichworte zum „Als auch“ liefern.

• Die SPD hat, wie die Linke auch, bei den letzten Wahlen geradezu monothematisch auf Sozialstaatsthemen gesetzt und Wirtschaft (Wertschöpfung, Globalisierung, Wandel der Arbeitswelt, Digitalisierung usw.) aus ihren Kampagnen verbannt. Damit ist sie grandios gescheitert. Nebenbei und für die Linke nicht unwichtig: der Linken war die SPD thematisch sehr nahe gekommen, gewonnen haben beide damit nicht.

Zu den großen Entwicklungen, gewissermaßen den „externen“ Faktoren der Entwicklungen in den Bundesländern, gehören aber die Globalisierung, die Veränderungen der Wertschöpfungsketten, die Digitalisierung, die Frage der Exportkraft und der Arbeitskräfte. *Eine politische Agenda der Linken müsste doch die Frage der „Anpassungsfähigkeit“ der Länder, von Städten und Regionen, klar beantworten.*

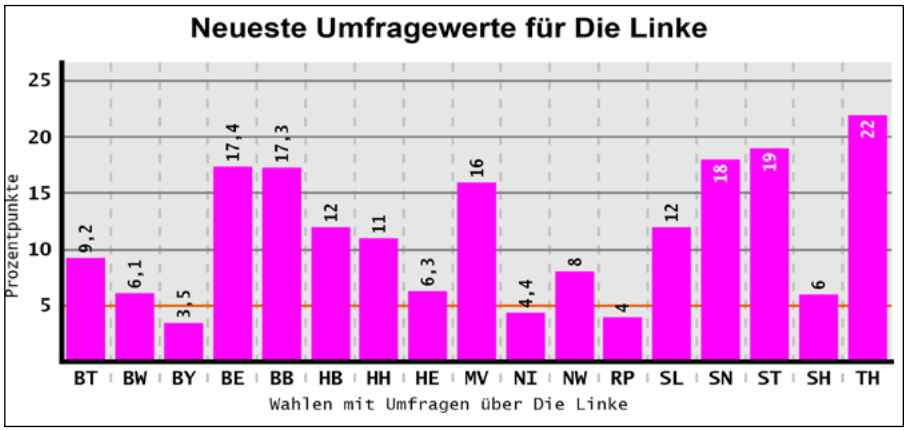


Abb.: www.dawumde, 12.1.2019

• Die Grünen haben gezeigt, wie, wenn Weltkrisen wie Klimawandel in den Alltag der Menschen einbrechen, als Dürre, als Flüchtlingsströme oder Fahrverbote und wenn Eliten sich als unfähig zeigen, eine Partei all diese Interessen in gewisser Größenordnung bündeln kann. Das bildet sich vielleicht noch eher im gewachsenen Potential als in konkreten Wahlergebnissen ab.

• Vergleichende Studien zu europäischen abgehängten Regionen zeigen, dass eine entscheidende Frage die der *„außerordentlichen Förderung“* solcher Regionen ist. Gibt es eine solche nicht (mehr), wird die Anpassung an die externe Dynamik bescheiden oder überhaupt nicht stattfinden. Das dürfte für Ostdeutschland relevant sein.

• Ob es zu einer Förderung kommt hängt davon ab, welches *politische Gewicht die Regionen und Länder* im Staat und in Europa haben. Entsprechend dürfte diese Frage nicht auf der politischen Agenda fehlen. Auf der der AfD steht sie jedenfalls prominent.

• Does Demography matter? In ganz Europa haben wir eine „negative Demographie“, aber eine positive außereuropäische Migration. Für die demographische Entwicklung, also auch die Zukunft von Regionen wie Ländern ist die Frage der innerstaatlichen, innereuropäischen wie außereuropäischen Migration entscheidend. Wer darüber nicht spricht verkennt die Interessenlage der Menschen, auch im linken Potential.

• Bildung: Geht es um Kitaplätze, um Lehrermangel? Oder geht es darum, dass die Zukunft der Regionen, Städte und Bundesländer, es geht konkret um Bremen, Sachsen, Brandenburg und Thüringen, von der *Bildungslage* entscheidend abhängt? Wie also reden wir über Bildung? Über ein soziales Problem Bildung? Oder über den Zukunftsfaktor Bildung?

• Wie reden wir überhaupt über unsere Themen? Global macht ein Begriff Furore: *connectedness, Verbundenheit* möchte ich besser sagen. Das ist ein gutes Wort, die Dinge, die auch die Linke bewegen, in ein neues Licht zu stellen, ins rechte Licht.

Wie gut Regionen, Städte vor allem, durch diverse Verkehrswege verbunden sind, ist ein *zentraler Anpassungsfaktor an externe Dynamik*.

Wie schnell, wie dicht ist die informationelle Verbundenheit, regional wie global?

Wie eng ist die soziale Verbundenheit?

Wie ist die Region, das Land, die Stadt, mit dem „Außen“ verbunden?

Mobilität neu, als *Verbundenheit denken:* Wenn es darum geht, Verbundenheit der Menschen mit medizinischen Einrichtungen auf ein neues Niveau zu heben, die Verbundenheit zwischen Wohn- und Arbeitsstätten zu verbessern, zwischen Wirtschaftssubjekten, Institutionen, Behörden und Bürgern, dann geht das auf vielen Wegen. Dann wäre das im Ganzen als *Qualität und als Bedingung für Anpassung an externe Dynamik* zu nehmen. Das singuläre Problem, die Buslinie, die Löcher im Mobilfunknetz, Schülertransport, E- Medizin, mobile Dienste, all das sind Aspekte einer Frage: Welches *Niveau an Verbundenheit* schaffen wir, um zukunftsfähig zu werden?

3. Schlussfolgerung

Wenn also meine These stimmt, dass die

Frage: „Wer führt uns sicher durch die nächsten 20 Jahre?“

die Gretchen- und Vertrauensfrage an Politik und Parteien nebst KandidatInnen ist und dass damit die

Frage nach der Anpassungsfähigkeit der Kommunen, Regionen und Städte, der Bundesländer an externe Dynamiken

auch im Wahljahr 2019 gestellt ist, dann sollt die Linke in den Wahlkämpfen des kommenden Jahres ihre Agenda gemeinsam als Antwort auf beide Fragen formulieren. Die Sozialstaatsfrage und die Frage der sozialen Gerechtigkeit wären so, ohne Substanzverlust, in einen neuen, wahlrelevanten Kontext gestellt. □

3. MAI
1900
DEUTSCHLAND

Gemeinde Kollegium München startet „fachliche obligatorische Fortbildungsschule“

Am 3. Mai 1900 beschloss das Gemeinde-Kollegium der bayerischen Landeshaupstadt München, einstimmig „die bisherige allgemeine obligatorische durch die fachliche obligatorische Fortbildungsschule zu ersetzen.“

Martin Fochler, München

Die Organisation der Fortbildungsschulen nach Fachrichtungen und Berufsgruppen wurde mit großem Elan angepackt und war 1907 weitgehend vollendet. Der Grundzug der neuen Organisation, so zitiert Walter Demmel* in einer 1978 erschienen Schrift den damaligen Stadtschulrat Kerschensteiner, „bestünde darin: ‚das berufliche und staatsbürgerliche Leben des jugendlichen Arbeiters zum Mittelpunkte des Schulunterrichtes zu machen und zwar unter möglichster Betonung der praktischen Arbeit‘. Die Hauptmerkmale seien: ‚eine streng berufliche Gliederung der gesamten Fortbildungsschule in fachliche Gruppen, die Einführung von Werkstätten als Grundlage des gesamten Unterrichtsbetriebes, die Ausschaltung jeglichen Abendunterrichtes und die Anstellung geeigneter Fortbildungsschullehrer im Hauptamte.‘“ (Walter Demmel, S. 13*)

Fortbildungsschulen im 19ten Jahrhundert

Für die gebildeten Klassen endete der Bildungsprozess mit der Reifeprüfung, der Pforte zu Studium und Führungsaufgaben. Für den Nachwuchs der arbeitenden Klassen insgesamt und darüber hinaus für den großen Teil der Frauen war nach der Schulpflicht die Arbeit im Gewerbe oder im Haushalt das Übliche. Die Fortbildungschulen schließen an die allgemeine Schulpflicht an.

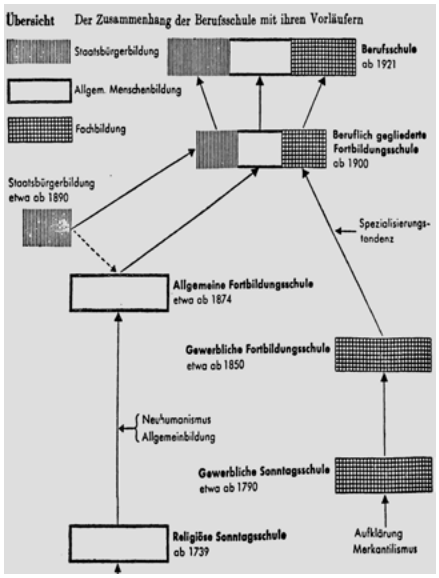
Mit dem beginnenden Industriezeitalter erfahren die Gewerbetreibenden, dass sie dem beruflichen Nachwuchs im engen Rahmen ihres Geschäfts die nötigen Fachkenntnisse nicht ausreichend vermitteln können. Es entstehen Fachschulen zur Vermittlung von Kenntnissen. Handelsrecht, Korrespondenz, Fremdsprachen, aber auch Rechnen, technisches Zeichnen, Konstruktion werden neben der Arbeit, namentlich an Sonn- und Feiertagen, oftmals auch am Abend angeboten.

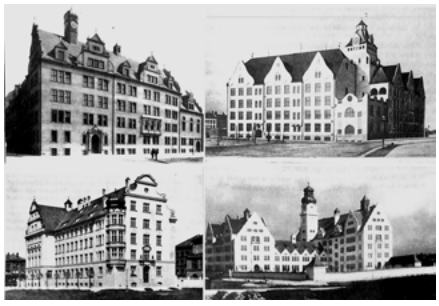
Neben diese technisch-praktischen Bedürfnisse treten politische: Der Staat und die Kirchen beanspruchen, die jungen Leute den Gesetzen gehorsam und den Geboten der Religion treu zu schulen, kritischen Strömungen dagegen geht es um die Entwicklung der Urteilskraft.

Als Sonntags- und Feiertagschulen lassen die Fortbildungsschulen das Zeitbudget der Arbeitgeber bzw. der Hauswirtschaft unberührt. Gehen sie zu Lasten der Freizeit der Jugend? Eher nicht, denn die Ausgangslage ist das umfassende Kontroll- und Züchtigungsrecht der Arbeitgeber, sie vertreten die elterliche Gewalt. Müssen sie den Besuch von Fortbildungsschulen zulassen, ist das für die Jugendlichen wohl auch ein Schritt in die Gesellschaft, die Öffentlichkeit.

Der gesetzliche Rahmen

Im 1871 gegründeten Deutschen Reich ist die Frage der Fortbildungsschulen in die Gesetzgebung zur Gewerbeordnung eingebettet. Wieso? Der Übergang vom Zunftwesen zur Marktwirtschaft und zur Gewerbefreiheit vollzog sich in den deutschen Ländern langsam. Aus dem 1833 gegründeten Zollverein entstand nach Kriegen unter Führung Preußens das Wilhelminische Kaiserreich, das nach Großbritannien und den Vereinigten Staaten die drittgrößte Industriemacht der Welt darstellte. Im politischen Rahmen des Reichs blieben den Bundesstaaten – vier Königreiche, sechs Großherzogtümer, fünf Herzogtümer, sieben Fürstentümer und drei freien Städte – erhebliche Regelungskompetenzen und in diesen Herrschaftsgebieten hatten die Städten Gestaltungskompetenzen. So konnte München im Königreich Bayern eigene Konzepte entwickeln.





Nachdem 1873 die Zollunion durch reichsweite Freizügigkeit ergänzt wurde, wurden Rahmenbestimmungen unentbehrlich. Eine jahrzehntelange Arbeit an der Gewerbeordnung versucht sich an der Einbettung des Handwerks in die moderne Industriegesellschaft. Dabei kommt auch die innere Organisation des Handwerks, seine Gliederung nach Lehrlingen, Gesellen und Meistern und die Fortbildung als Aufgabe der öffentlichen Hand zur Sprache.

Die Reichsgesetze in Sache Fortbildungsschule gelten durchweg „fakultativ“, d.h. die Einrichtung wird dem „eigenen Ermessen“ der Bundesstaaten, der Kommunen und bis zu einem gewissen Grade sogar dem der jeweiligen Handwerksinnungen und -kammern anheimgestellt. Das bedeutet: Wenn die zuständigen Behörden solche Einrichtungen beschließen, müssen die davon belasteten Privaten – Gewerbetreibende, Haushaltsvorstände usw. – den damit verbundenen Eingriff in ihre gewohnten Rechte hinnehmen.

Das Verfahren ermöglicht Anpassungsprozesse, die der Konfliktvermeidung mit den traditionsgebundenen Bevölkerungsteilen dienen. Den sozialen und politischen Emanzipationsbewegungen wiederum bietet es Chancen, vor Ort und im Verein mit anderen etwas Konkretes durchzusetzen. Obwohl sich auf dem Bildungssektor eine große Zahl sozial und emanzipativ motivierter Menschen einsetzt, schlägt sich dieses Engagement kaum in Initiativen für die Reichsgesetzgebung oder die Parteiprogrammatik nieder. Wieso?

Lesen wir in einer Petition, die der Rheinisch-Westfälische Frauenverband am 1. November 1905 mit dem Ziel einreicht, die Fortbildungsschule auch für Mädchen obligatorisch zu machen: Durch ortsstatuarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes sollen auch in gewerblichen Betrieben beschäftigte weibliche Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiterinnen

* Walter G. Demmel, Feiertagsschule und Fortbildungsschule. Ein Beitrag zur Schulgeschichte Münchens im 19. Jahrhunderts. München 1978. Abb. ebd. S. 52 Diagramm) bzw. 196. (Schulbauten).
**https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k12_bsb00003334_00981.html

unter 18 Jahren zum Besuche einer Fortbildungsschule verpflichtet werden können, soweit die Verpflichtung nicht landesgesetzlich besteht. Der Reichtagsberichterstatter zitiert wörtlich aus der Begründung des Verbandes:

„Die Zahl der aus der Volksschule entlassenen Mädchen, welche einen gewerblichen Beruf ergreifen, wächst von Jahr zu Jahr. Da diese Mädchen meistens nach der Schulentlassung dem Erwerbe nachgehen, haben sie selten Zeit und Gelegenheit, sich die nötigen theoretischen Kenntnisse für ihr Gewerbe sowie eine gründliche Ausbildung für ihren zukünftigen Hausfrauenberuf anzueignen. Mit mangelhafter, häufig auch gar keiner Vorbereitung auf diesen verantwortungsvollen Beruf treten sie in die Ehe, und ihre Unkenntnis in der Haushaltführung hat in gesundheitlicher, wirtschaftlicher und sittlicher Beziehung die traurigsten Folgen für das Familienleben und somit für die Gesamtheit.

Sollen nicht die größten Schäden für unser Volk daraus erwachsen, so muß hier für Abhilfe gesorgt werden, indem die Mädchen geordneten Unterricht sowohl in häuslichen als auch gewerblichen Fächern erhalten und zwar in Fortbildungsschulen mit Pflichtbesuch."

Hier wird aus entgegengesetzten Richtungen argumentiert, denn es kommt nicht auf die Logik der vorgebrachten Kritik an, sondern auf die Wirkung der angestrebten punktuellen Gesetzgebung. Die Argumentationen zur Begründung der fachlichen Fortbildung der arbeitenden Jugend sind immer gemischt. So wie bei den Frauen die Mutterschaft geht es bei den Männern um die Tauglichkeit zum Soldaten.

Den Parteien der Zeit aber geht es um politische Geschlossenheit. Sie können solche Impulse nicht verarbeiten. Zudem kann die fachliche Ausrichtung des Unterrichts als Entzug von Allgemeinbildung gedeutet werden.

Arbeit und Facharbeit – eine These

Trotzdem gehört der Vorgang unter die Wegemarken der Emanzipation. Es geht um die Gestaltung der Arbeit als Facharbeit, um die Entwicklung des Menschen von bloßen Anhängsel der Maschine oder sprachlosen Rädchen im Getriebe zur Person mit eigenem Urteil über den Arbeitsprozess. Schon die Chance, einer unerträglichen Arbeitssituation durch Kündigung zu entrinnen, nimmt sprunghaft zu, wenn die Fachausbildung breit angelegt ist. Es verschiebt sich auch etwas im Verhältnis zum Vorgesetzten. Mit der „Fachkunde" kommt ein Element von Diskurs in die Beziehung von Befehl und Gehorsam. Das Recht zur Anweisung muss sich sachlich rechtfertigen.

Fortbildung für Mädchen
Helene Sumper
(1854 bis 1926)

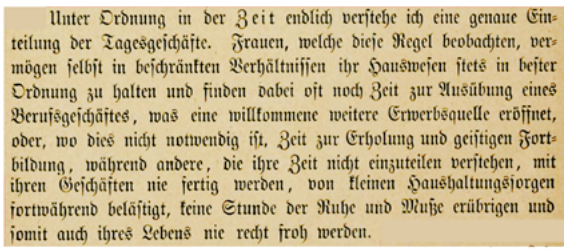
Eva Detscher, Karlsruhe. Die Münchner Hauptlehrerin Helene Sumper wirkte „auch überregional an der Gestaltung des Mädchenschulwesens und einer Verbesserung der beruflichen und sozialen Stellung der Lehrerinnen mit. Mit ihrem Beitrag auf der fünften Generalversammlung des Vereins 1899 in Danzig trug sie entscheidend dazu bei, die polarisierende Sichtweise hinsichtlich allgemeiner und hauswirtschaftlich-praktischer Ausgestaltung der Mädchenfortbildungsschule auf eine einheitliche Perspektive hinzulenken".[2] Der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung war zwischen 1882 und 1895 um 17,8 Prozent gestiegen und zwar vornehmlich aufgrund des steigenden Anteils erwerbstätiger Frauen. Auch die Anzahl der verheirateten Frauen am Arbeitsmarkt war gestiegen. In Landwirtschaft und Handels- und Verkehrsgewerbe zeigt sich vor allem in den höheren Berufen ein hoher Zuwachs an Frauen, wenn auch dieser Bereich – aufgrund der für Frauen gegebenen Ausbildungsbeschränkungen – damals nur 2,6 Prozent aller weiblichen Erwerbstätigen umfasste (zitiert nach[2]). Die Lebensrealität für Mädchen war im Wandel. „Die weibliche Fortbildungsschule darf weder einen bloß allgemeinen, noch einen rein fachlichen Charakter haben, sondern sie hat am praktischen Stoff allgemeine Bildung zu vermitteln, d.h. sie hat solche Gegenstände in ihren Plan aufzunehmen, welche die Mädchen auf ihren künftigen Beruf vorbereiten".[3] Damit korrespondiert der Grundsatz, daß der Lehrplan „sich in unmittelbare Verbindung mit dem Leben setzen müsse.[3] Sumper hielt ungezählte Vorträge, vor allem die Frauen- und Mädchenbildung sowie Rationalisierung der Hauswirtschaftsführung betreffend.

Biografische Daten: 20. Juli 1854 in München, gestorben: 10. Juni 1926 – Tochter eines Metzgermeisters – Volksschule, dann Besuch des Lyceums im Servitenkloster in München[1] – 1872 bis 1875 Kreislehrerinnenseminar in München – Ab 1878 in München als eine der ersten bayerischen Lehrerinnen, die nicht mehr nur provisorisch, sondern mit einer Festanstellung über 30 Jahre lang die fakultative 8. Volksschulklasse unterrichtete. – 1891 Gründerin und Vorsitzende des Münchner und später auch des Bayerischen Lehrerinnenvereins, aktiv im Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein (gegründet 1890 als Dachverband regional tätiger Vereine) – Ab 1895 auch an der „Fortbildungsschule für Mädchen" in München, die Kerschensteiner (siehe Haupttext dieses Kalenderblatts) eingeführt hat. Ab November 1918 gehörte sie für die Berufsgruppe der bayerischen Lehrerinnen für zweieinhalb Monate (Dauer der Regierung Eisner) dem Provisorischen Nationalrat an.

Helene Sumper setzte sich vehement für eine Reform der Mädchenbildung ein. Eine Hospitantin der Klenzeschule schrieb: „Vor allem aber arbeitet Frl. Sumper, die Oberleiterin des gesamten hauswirtschaftlichen Unterrichts, unermüdlich am Ausbau einer Methode, die von echt pestalozzischem Geiste durchdrungen, das Arbeits- und Anschauungsprinzip verwirklicht. Davon zeugt die prächtige Sammlung von Verauschaulichungsmitteln, die auf ihre Anregung hin von Lehrerinnen und Schülerinnen selbst geschaffen worden ist. Wir sehen da die Entwicklung der menschlichen Wohnung und Bekleidung, der Beleuchtung usw., die Feinde des Hauses und die Mittel zu ihrer Vertilgung, Spielzeug des Kindes, die zur Kinderpflege notwendigen Gebrauchsgegenstände, eine Zusammenstellung von Nahrungsmitteln usw. Es ist ein kleines Museum, das hier entstanden ist und stets fort vermehrt und verbessert wird"[4] (zitiert nach Wikipedia).

Lesebuch

für
weibliche Fortbildungs- und Feiertagsschulen.


Unter Ordnung in der Zeit endlich verstehe ich eine genaue Einteilung der Tagesgeschäfte. Frauen, welche diese Regel beobachten, vermögen selbst in beschränkten Verhältnissen ihr Hauswesen stets in bester Ordnung zu halten und finden dabei oft noch Zeit zur Ausübung eines Berufsgeschäftes, was eine willkommene weitere Erwerbsquelle eröffnet, oder, wo dies nicht notwendig ist, Zeit zur Erholung und geistigen Fortbildung, während andere, die ihre Zeit nicht einzuteilen verstehen, mit ihren Geschäften nie fertig werden, von kleinen Haushaltungssorgen fortwährend belästigt, keine Stunde der Ruhe und Muße erübrigen und somit auch ihres Lebens nie recht froh werden.

Titelblatt und Textauszug aus dem unter maßgeblicher Mitwirkung von Helene Sumper enstandenen Lesebuch für weibliche Fortbildungs- und Feiertagsschulen.**[5]**

[1] Das Kloster hatte die Säkularisationszeit überdauert, indem „die Schwestern 1801 eine neue Aufgabe übernahmen, eine Schule für Mädchen: Volks-, Mittelschule und Lyzeum. 1869 wurde die Schule von ca. 700 Schülerinnen besucht." http://www.serviten.de/servitinnen_muenchen/anbetung_2.html. **[2]** Christine Mayer: „... und daß die staatsbürgerliche Erziehung des Mädchens mit der Erziehung zum Weibe zusammenfällt" – Kerschensteiners Konzept einer Mädchenerziehung; in Zeitschrift für Pädagogik Jahrgang 38 – Heft 5 – September 1992 **[3]** Helene Sumper: Fortbildungsschulen für Mädchen. Vortrag im Rahmen der V. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins in Danzig 1899 vom 21. bis 23. Mai 1899. In Die Lehrerin in Schule und Haus 15 (1898/99), S 918-925, 953-969 **[4]** Schweizerische Lehrerinnenzeitschrift 1912/13, H. 1, S. 9 **[5]** http://gei-digital.gei.de/viewer/image/PPN79997644X/3/

Inhalt

Aktuelles 2
Über 230 politische Gefangene im Hungerstreik in türkischen Gefängnissen – erster Besuch bei Abdullah Öcalan nach zweieinhalb Jahren • Linke verurteilt Angriff auf Bremer Bundestagsabgeordneten • Brexit

Frankreich: Gilets Jaunes – Wege aus der Krise? 4
Aus der Internet-Petition der Gilets Jaunes – Auszüge • Aus dem Offenen Brief von Macron, 13.1.2019 – Auszüge

Die Türkei will ihre Besatzung in Nordsyrien militärisch weiter ausdehnen 6
Zur völkerrechtlichen Einordnung der türkischen Militärpräsenz in Nordsyrien

Aktionen – Initiativen (
Frieden statt Aufrüstung! Nein zum Krieg! – Aufruf Siko-Proteste • Ärzteorganisation fordert echten Dialog über INF-Vertrag • INF-Atomwaffen-Vertrag: Protest vor den Botschaften Russlands und der USA • Große Koalition nicht zu dauerhafter Wende bei Rüstungsexporten bereit • Angriffskrieg gegen Jemen entschieden und effizient entgegenwirken

Keine städtischen Räume für die AfD! 10

Kommunale Politik: Demokratie gegen Rechtsextremismus 11
AfD „Meldeportale" gegen Lehrkräfte sind illegal: Bremen.• Erklärung Die Linke Essen zur Amokfahrt von Bottrop und Essen • Der extrem rechten „Identitären Bewegung" entgegenstellen: Bonn • Gemeinsamer Resolutionsantrag von SPD, CDU, Grünen, ML, Linke, und FDP: Kein Platz für die antisemitische Boycott, Divestment and Sanctions (BDS)-Bewegung in Mannheim! • Fraktion der AfD im Bezirkstag von Schwaben im Visier des Verfassungsschutzes: Augsburg.• 2000 demonstrieren gegen rechte Brandanschläge: Frankfurt a.M. • So funktioniert die Provokationsspirale der AfD: Berlin.

Die IG Metall in einer ungewissen Zeit 13

Niedriglohnsektor in Europa: Uneinheitliche Entwicklung 14
Blick in die Presse

Was bürgerschaftliches Engagement vermag 16

Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten 18

„Wir starten nicht von Null!" 18

„Gibt es eine gemeinsame politische Agenda der Linken für die Wahlen 2019?" (Dezember 2018) 20

Kalenderblatt, 3. Mai 1900: Gemeinde Kollegium München startet „fachliche obligatorische Fortbildungsschule" 22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 14. Februar 2019. Redaktionsschluss: Freitag, 8. Februar. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.
Erscheinungstermine 2019: 17. Januar, 14. Februar, 14. März, 11. April, 9. Mai, 27. Juni, 25. Juli, 22. August, 10. Oktober, 7. Nov., 5. Dez.

NEU ERSCHIENEN: EIN FESTIVAL DER DEMOKRATIE

Download: https://www.linksfraktion-hamburg.de/themen/veroeffentlichungen/
Bestellung: info@linksfraktion.hamburg.de

Als „Festival der Demokratie" kündigte Innensenator Andy Grote im Mai 2017 den bevorstehenden G20-Gipfel in Hamburg an. Die Realität war dann eine riesige Demonstrationsverbotszone, ein von vornherein auf Eskalation ausgelegter Polizeieinsatz und eine fragwürdige Ausweitung polizeilicher Befugnisse bei den Ermittlungen gegen Gipfelgegner_innen. Mit unserer Broschüre legen wir Rechenschaft ab über unsere Arbeit im Sonderausschuss „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg". Dieser diente der Innenbehörde vor allem dazu, ihre eigene Deutung der Ereignisse publik zu machen – anstatt die Ereignisse aufzuarbeiten. Wir nehmen das Vorgehen von Polizei und Innenbehörde kritisch unter die Lupe und gehen der Frage nach, welche langfristigen Auswirkungen auf Grundrechte und Demokratie zu befürchten sind.

Inhalt:

5| Vorwort

11| Polizeilicher Notstand vs. Festival der Demokratie – Auseinandersetzung um die Demonstrationsverbotszone und die Camp-Verbote.

Die Protestereignisse

19| 4. Juli 2017 – Das hedonistische Massencornern
20| 6. Juli 2017 – Die „Welcome to Hell"-Demonstration
23| 7. Juli 2017 – Die Ereignisse am Rondenbarg
25| 7. Juli 2017 – Die Nacht im Schanzenviertel
28| 8. Juli 2017 – Die Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität"
30| Feindbilder: Die rechtswidrige Jagd auf „Italiener"

Eskalationen – Ausgewählte Aspekte behördlichen (Fehl-)Verhaltens

35| Who wachtes the watchers? Die Rolle des Verfassungsschutzes
37| Weil nicht sein kann, was nicht sein darf: Die Aufarbeitung der Polizeigewalt beim G20-Gipfel
38| Dein vermummter Freund und Helfer aus dem „Black Block": Die Aufgaben verdeckter Polizeikräfte
40| Legal, illegal, scheißegal! Der rechtswidrige Einsatz von „Mehrzweckpistolen"
41| WIR!KRIEGEN!EUCH!ALLE! Ermittlungsmethoden der SoKo „Schwarzer Block"
44| Quellenverzeichnis